

Vorarlberger Landtag.

2. Sitzung

am 27. Juni 1911

unter dem Vorsitz des Herrn Landeshauptmannes Adolf Rhomberg.

Gegenwärtig 25 Abgeordnete. - Abwesend: Der Hochwst. Bischof Dr. Egger.

Regierungsvertreter:

Herr k. k. Statthaltereirat Dr. Rudolf Graf von Meran.

Beginn der Sitzung um 10 Uhr 40 Minuten vormittags.

Landeshauptmann: Ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet und ersuche um Verlesung des Protokolls der gestrigen Eröffnungssitzung. (Sekretär liest.)

Wird zur Fassung des soeben verlesenen Protokolls eine Einwendung vorgebracht? - Wenn dies nicht der Fall ist, so betrachte ich dasselbe für angenommen.

Ich habe noch mitzuteilen, daß bei der gestrigen Wahl eines landwirtschaftlichen Ausschusses gewählt wurden die Herren Abgeordneten Jodok Fink, Dekan Barnabas Fink, Alois Dietrich, Wendelin Nachbaue und Dr. Ferdinand Kinz, zu Ersatzmännern die Herren Franz, Joses Schreiber und Josef Anton Willi. Der Ausschuß hat sich nachmittags konstituiert und zu seinem Obmann den Herrn Abgeordneten Dekan Barnabas Fink gewählt.- Das wollte ich noch ihnen mitteilen.

Wir gehen nun zur Tagesordnung über. Auf derselben steht als erster Gegenstand die Fortsetzung der Verhandlung über Punkt

2 der Beilagen 1 und 2 (Darlehensaufnahme) und 3. Lesung beider Gesetzentwürfe.

Wir haben diese Angelegenheit gestern bis auf Punkt 2 und die 3. Lesung erledigt und ich möchte die Verhandlung über Punkt 2 und über die beiden Anträge, die mit Ausnahme der Ziffern gleichlauten, eröffnen und ich ersuche den Herrn Berichterstatter, vielleicht beide Anträge nochmals zu verlesen.

Thurnher: Ich glaube, man könnte doch beide Anträge getrennt behandeln, damit nach Annahme oder vielmehr nach der Beschlußfassung über den Punkt 2 der jeweiligen Anträge auch die Vornahme der 3. Lesung des bezüglichen Gesetzentwurfes

erfolgen könnte. Es ist gestern die endgültige Beschlußfassung über Punkt 2 Der Anträge zum Motivenbericht (Beilage 1) verschoben worden und nun haben wir heute weiter darüber zu beraten und zu beschließen. Ich finde keinen

## 2. Sitzung des Vorarlberger Landtages. III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

Anlaß, irgend welche Änderungen an dem Vorschlage dies Landesausschusses diesbezüglich zu befürworten, sondern ich möchte an das hohe Haus die Bitte richten, Punkt 2 der Anträge, wie der Landesausschuß diesen vorgelegt hat, unverändert anzunehmen. (Liest Bericht und Anträge aus Beilage 1.)

Es wird da dem Landesausschusse eine weitgehende Ermächtigung erteilt, so daß es ihm ganz unbenommen bleibt, wenn er es für gut finden würde, in anderer Weise diese Darlehensaufnahme zu besorgen, als es z. B. das letztemal geschahen ist. Ich empfehle also dem hohen Hause die Unveränderte Annahme des gestern vorgelegten Antrages und ersuche auch bezüglich des 2. Gesetzentwurfes, betreffend die Behebung der Wasserschäden, um die Annahme des in Beilage 2 gedruckten Antrages, der abgesehen von der Ziffer den gleichen Inhalt hat wie beim anderen Gesetzentwürfe, der verlesen worden ist.

Landeshauptmann: Wünscht also zu diesen beiden Anträgen jemand das Wort? - Der Herr Abgeordnete Ölz.

Ölz: Hohes Haus! Ich war das letztemal vom Landesausschusse delegiert, die Verhandlungen wegen der Aufnahme der Darlehen, die wir voriges Jahr beschlossen haben, zu führen. Sie wissen, daß wir das letztemal beschlossen haben, zur Regulierung von Bächen und Flüssen eine Summe von K 1,811.000 aufzunehmen. Von dieser Summe haben zur Behebung der Schäden an Straßen und Brücken auf den Staat 50%, das sind 905.500 K zu entfallen, aus das Land 80%, das sind 543.300 K, auf die beteiligten Gemeinden und Interessenten 20%, das sind 362.600 K. Nach dem Gesetze für Straßen- und Brückenbauten wurde eine Summe von 1,381.000 K nötig, von der der Staat 50% trägt, das sind 690.500 K, das Land 30%, das sind 414.300 K, die Gemeinden und Interessenten 276.200 K. Es ist in beiden Gesetzen vorgesorgt worden, daß allenfalls das Land für beide Faktoren, auch sowohl für den Stadt als auch die Gemeinden, Darlehen aufnehmen könne; die Gemeinden aber haben erklärt, daß sie dies für sich selbst machen; dagegen hat nun der Staat gesagt, er sei nicht im

Stände, diese großen Beiträge zu zahlen, und das

Land solle die Anleihe auch für den Staat aufnehmen. Nun haben wir dann für Staat und Land zusammen 1,448.800 K aufzunehmen gehabt. Wir sind in engster Fühlung gestanden mit dem Finanzministerium bezüglich der Aufnahmen und haben mit dessen Einverständnis mit fünf Banken Verhandlungen gepflogen, auch mit Banken im eigenen Lande. Da sind nun Offerte eingegangen von der Sparkasse in Dornbirn; dann haben wir bei zwei Wiener Banken, die solche Darlehen besorgen, Erkundigung eingezogen und schließlich, nachdem auch eine Offerte von der Zentralbank der deutschen Sparkassen in Prag vorgelegen ist, haben wir dem Finanzministerium das Ganze vorgelegt. Dieses hat nun alle Offerte für ungültig und undurchführbar erklärt mit Ausnahme jenes der Zentralbank der deutschen Sparkassen in Prag.

Nachdem nun das Finanzministerium eine solche Stellung eingenommen hat, haben wir noch einmal mit der Zentralbank der deutschen Sparkassen in Prag verhandelt und diese ist Uns, ich muß gestehen, sehr entgegen gekommen; sie hat die Wünsche, die das Finanzministerium geäußert hat, auch erfüllt. Die Sache ist nun so gemacht worden, daß wir ein 4 1/2 %iges Darlehen mit 3% Amortisation aufgenommen haben, welches wir in 21 Jahren zurückzuzahlen haben. Wie sie aber gestern gehört haben, kommen wir leider mit diesem Betrage nicht aus. Es ist notwendig, noch einmal in Verhandlungen zu treten und wieder ein Darlehen aufzunehmen. Wir haben früher geglaubt, diese Regulierungen werden nach und nach gemacht; nun aber sind neuerdings zwei Gesetzentwürfe beschlossen worden, nach denen für dringend nötige Schutzbauten an Gewässern 2,271.000 K sowie an Straßen und Brücken 637.500 K erforderlich sind. Auf das Land entfallen für die Bauten an den Gewässern 681.300 K und an Straßen 191.250 K, sohin zusammen 872.550 K. Das Land hat aber zudem noch die Staatsbeiträge von 1,135.500 K und 318.750 K, somit zusammen 1,454.250 K nach einer getroffenen Vereinbarung aufzunehmen, im ganzen also 2,326.800 K. Der Staat hat nach dieser getroffenen Vereinbarung sich auf den Standpunkt gestellt, daß wiederum ein Darlehen aufgenommen werden solle, wie das letztmal unter vielleicht günstigeren Bedingungen; die

2. Sitzung der Vorarlberger Landtages. III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

Zeit bleibe dieselbe, sodaß wir also innerhalb 21 Jahren das Darlehen zurückzahlen müssen.

Wie sie begreifen werden, hat das letztmal, als wir uns an das Bankinstitut gewendet haben, dieses von uns verlangt, wir möchten über die Landesfinanzen Aufschluß geben; dieses ist geschehen und zwar waren wir in der Lage, dies in guter Form tun zu können. Das Land Vorarlberg steht bekanntlich nicht-in Schuhen tote andere Länder, die immer von Sanierung schlechter Finanzen sprechen, weil wir immer die Steuern entsprechend den Ausgaben gerichtet haben. Ich habe nun für das Bankinstitut ein Referat gemacht, und der Landesausschuß hat es fortgeschickt und es ist vom Bankinstitute mit Befriedigung zur Kenntnis genommen worden.

Nun soll aber neuerdings dies gemacht werden. Da sind mir nun doch! sonderbare Gedanken aufgestiegen. Es soll nämlich nach einem im Verlage des deutschfreisinnigen Wahlausschusses in Bregenz in den letzten Tagen erschienenen Flugblatte die Finanzwirtschaft des Landes eine unglückliche, eine schauerhafte sein, der Landtag schaffe neue Steuern, mache neue Schulden, erhöhe die Umlagen auf das zwei- und dreifache, kurz und gut, die Finanzwirtschaft des Landes sei eine schauerhafte, es herrsche Korruption.

Damit nun der hier versammelte Landtag hört, welche schreckliche Wirtschaft die christlichsoziale Majorität führt, so würde ich mir erlauben, wenn der Herr Landeshauptmann nichts dagegen hat, einige der markantesten Stellen vorzulesen; es ist in demselben zuerst von den Finanzverhältnissen Niederösterreichs und Tirols die Rede, dann heißt es da wörtlich:

In unserem schwatzen Musterlande liegt die unglückliche Finanzwirtschaft der herrschenden Partei klar zu Tage. Die größte Leistung unseres klerikalen Landtages besteht darin, daß er trotz der allgemeinen Teuerung die Steuerschraube ganz wahnsinnig angezogen hat. Der Voranschlag für das Jahr 1908 erforderte einen Aufwand von 454 000 Kronen, das Erfordernis des Landes für das Jahr 1909 war bereits auf über 802 000 Kronen gestiegen und der Voranschlag für 1911 weist ein Erfordernis von 1053 000 Kronen auf.

Die Einnahmen des Landes Vorarlberg sind somit seit dem Jahre 1908 um 130 % gestiegen ; in kurzer Zeit werden sich die Erfordernisse des Landes im Vergleiche zum Jahre 1908 verdreifacht haben.

Am Schlusse heißt es dann noch, es herrsche Korruption, es sei eine unglückliche Wirtschaft und man wolle sich nicht länger und weiter von der christlichsozialen Partei mit Lug Und Trug abspesen lassen Nun werden sie mir zugeben, daß dann, wenn die Finanzwirtschaft tatsächlich eine solche ist, wir schwer Geld bekommen werden; man wird sagen, wenn sich die Verhältnisse so geändert haben, so hat der Landesausschuß nicht die Wahrheit gesagt und man wird sich anschauen, ob man uns Geld gibt. Wir müssen aber auch für den Staat Geld ausbringen, wir brauchen also einen größeren Kredit; dies ist in dieser Frage auch mit in Betracht zu ziehen. Ich muß gestehen, meine Herren, ich möchte den Herrn, der dem Wahlauftruf, der beim Herrn Acherer gedruckt wurde, sicher nahe steht, besonders den Herrn Bürgermeister Dr. Kinz ersuchen, die Belange mitzuteilen, nach welchen die Finanzwirtschaft des Landes Vorarlberg eine so unglückliche, eine so schauderhaft traurige ist.

Landeshauptmann: Wer wünscht weiter das Wort? Herr Abgeordneter Ölz.

Ölz: Da Herr Dr. Kinz schweigt, (Zwischenrufe: Feigling! Da schweigt er; das ist bezeichnend!) so werde ich noch etwas sagen.

Meine Herren, erlauben Sie mir noch jetzt über die Finanzlage des Landes ein Bild zu unterbreiten.

Im Jahre 1870 hat der Vorarlberger Landtag, beziehungsweise die damalige christlichsoziale-konservative Partei die Regierung des Landes übernommen. Die damaligen Finanzen waren keine ungeordnete, aber nichtsdestoweniger mußte damals der Landtag die Schuld der Landesirrenanstalt im Betrage von 600.000 K übernehmen. Damals hat man noch gemeint, man hätte sie nicht bauen sollen, aber heute würden wir einen anderen Standpunkt einnehmen; denn wir sehen, daß man diese Anstalt bauen mußte und wir noch einmal dazu kommen, diese Sache der Zeit entsprechend einzurichten.

Wir hatten bis zum Jahre 1899 im Lande nur 26% Zuschläge zu der Erwerb-, Grund- Und

2. Sitzung des Vorarlberger Landtages. III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

Rentensteuer und 12% zur Hauszinssteuer. Bei diesen niederen Steuern war es, obwohl das Landesbudget von 72.000 K im Jahre 1872 auf 155.000 K im Jahre 1899 angewachsen

ist, bei der klugen Sparsamkeit möglich, die laufenden Auslagen zu bestreiten und die Schulden nach und nach abzutragen, wie der Herr Landeshauptmann gestern bemerkt hat. Im Jahre 1899 wurde das ganze veraltete Gesetz über die Bezüge der Lehrer abgeändert, aber nur ein kleiner Teil der höheren Bezüge auf das Land übernommen. In demselben Jahre wurde auch das Straßenbauprogramm für die verschiedenen Straßenzüge im Montafon, Bregenzerwald, Vorder- und Unterland beschlossen; es hatte das Land durch 15 Jahre jährlich rund

45.000 K zu zahlen. Das Mehrerfordernis an Schulauslagen betrug rund 90.000 K. Hat nun der Landtag sich mit Schuldenmachen geholfen, wie es etwa ein schlechter Finanzpolitiker gemacht hätte? Nein! Der Landtag hat den Mut gehabt, die Steuern zu erhöhen und zwar die Erwerb-, Grund- und Rentensteuer von 26% auf 40% und die Hauszinssteuer von 12% auf 20% laut Beschluß der X. Sitzung am 19. April 1900.

Bis zum Jahre 1905 fand das Land trotz der Mehransprüche und der Zahlung der Subvention für die Bregenzerwaldbahn von 266.000 K und trotz der Zahlung von 90.000 K zur Dornbirnerbahn das Auskommen. Das große Erfordernis wegen des Hochwassers vom Jahre 1901 trat dann im Budget des Jahres 1904 in Erscheinung, weshalb Mehrauslagen gemacht wurden und daher für Mehreinnahmen gesorgt werden mußte. Alan mußte dann aber auch noch den Emmebach, den Ratzbach, die Frutz und den Klausbach regulieren und bei all diesen Umständen war es selbstverständlich, daß man hiezu auch Geld brauchte; sie können dies am besten aus folgenden Zahlen ersehen: Es stieg die Post "Beiträge zu Straßen-, Bahn- und Wasserbauten" von 1903 mit 135.000 K auf 218.000 K im Jahre 1904.

Da war es nun selbstverständlich, daß das Auskommen mit den bisherigen Einnahmen Und Prozenten nicht mehr zu finden war. Was nun tun? Hätten wir Schulden machen sollen? Man hat zuerst in Aussicht gehabt, vorläufig eine schwebende Schuld von 100.000 K aufzunehmen;

dieses unterblieb aber; wohl aber haben wir unterhandelt und auch in diesem hohen Hause ist es nicht einstimmig hergegangen, sondern man hat gesagt: Machen wir keine neuen Schulden, denn man weiß nie, was komme, sondern erhöhen wir die Steuern um mäßige 5 %, dies kann alles ertragen. Wir haben dann die Erwerbs-, Grund- und Rentensteuer auf 45% erhöht und die Hauszinssteuer auf 25%. Ich bitte aber,

meine Herren, es ist erlogen, wenn man sagt, wir hätten diese Steuern erhöht; diese Steuern haben wir noch, dieselben Prozente gelten heute noch. Mit dieser Erhöhung haben wir das Auskommen gefunden, daß wir geordnete Landesverhältnisse gehabt haben. In der Tagung im Monat April des Jahres 1908 hat der Landtag zwei schwere Fragen zu lösen unternommen. Die Lehrer wollten eine der Zeit entsprechende Regulierung ihrer Bezüge. Dann sollte eine II. Serie der Wildbachverbauung beschlossen werden, sollten nicht die bisherigen Regulierungen Schaden leiden und das Geld umsonst ausgegeben sein. Allgemein war man der Anschauung, der größere Teil der Erhöhung der Lehrergehalte sollte auf das Land übernommen und nicht den Gemeinden aufgebürdet werden. Tatsächlich schloß man sich einstimmig im Landtage, ich sage einstimmig, der Annahme an. Herr Dr. Kinz, Sie sind auch dabei gewesen, Sie haben damals sogar erklärt, sie seien deshalb dafür, weil das Land Vorarlberg zu jenen Ländern gehöre, die in Bezug auf die Lehrergehalte zu den rückständigsten Ländern der Monarchie gehören. Nach Bericht des Schulausschusses gab es für das Land nun ein Mehrerfordernis von

315.000 K, welches bis jetzt auf 400.000 K gestiegen ist. Der Wildbachverbauungsvoranschlag vom Jahre 1908 beziffert sich auf 484.087 K, während das Rechnungserfordernis schon 515.319 Kronen betrug. Der Voranschlag vom Jahre

1909 mußte infolge des Mehrerfordernisses für die Lehrergehalte mit 315.000 K und für Wildbachverbauungen mit 22.500 K, ohne weitere Bedürfnisse in Rechnung zu ziehen, sich um 337.500 Kronen erhöhen. Es war also ein Erfordernis zu präliminieren und zwar für das Jahr 1909 im Betrage von 802.000 K, für das Jahr 1910 von 796.000 K und für das Jahr 1911 mit

833.000 K,

3. Sitzung des Vorarlberger Landtages. III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

5

Ich frage nun, hat der Landtag da eine unglückliche Finanzwirtschaft geführt nach Meinung der deutschfreisinnigen Herren, - ich will sie hier nicht weiter nennen, es sind beide Herren hier in der Mitte, - damals als er dafür Sorge trug, daß das Mehrerfordernis gedeckt werde? Hat er also eine schlechte Finanzwirtschaft geführt, als er beschlossen hat, eine

Bier- und Weinststeuer einzuführen? Ich meine nicht. Ich glaube, da hat er gut getan, daß er dafür gesorgt hat, statt Schulden zu machen, Einnahmen dafür zu bekommen; und da hat er das Geld dort genommen, wo man es mehr oder weniger freiwillig zahlen kann; es muß einer tun Bier trinken, wenn er nicht will.

Hohes Haus! So war die Finanzlage im Jahre 1910; sie war vollkommen geordnet und ist es heute noch. Das Land Vorarlberg wurde zwar im Vorjahre von einem großen Unglücke heimgesucht und es erfordert die Behebung desselben Millionen und Millionen. Es bedarf, um die Straßen, Brücken und Wasserschutzbauten wiederherzustellen, eine Summe von rund 6 Millionen Kronen, von denen der Staat 3 Millionen, das Land 18 Millionen und die Gemeinden 12 Millionen auszubringen haben. Was hat nun angesichts dieser großen kommenden Verpflichtungen die christlichsoziale Majorität des Landtages getan? Hat diese, Herr Dr. Kinz, als schlechte Finanzverwalterin bloß mitgejammert oder .hat dieselbe Vorsorge getroffen für die Zukunft, damit die Landesfinanzen geordnete bleiben können? Die christlichsoziale Majorität hat wie ein guter Finanzmann Vorsorge getroffen und hat die Biersteuer, die der Staat ohnehin einsackeln möchte, um 2 K per hl erhöht, was uns eine Mehreinnahme von rund 200.000 Kronen bringt. Damals mochte man sich sagen, man hätte warten sollen, man hat ja Überschuß. Meine Herren! Wir sind keine so kurzsichtige Finanzpolitiker, keine traurigen Finanzpolitiker, sondern wir haben vorausgesehen, was uns dieses Landesunglück bringen wird. Deshalb haben wir beschlossen, für das Jahr 1911 schon für eine außergewöhnliche Einnahme zu sorgen zur Behebung des Unglückes und wir haben wohl getan. Wir werden dieses Gesetz heute noch beschließen müssen, da wir ein großes Erfordernis brauchen. Wir brauchen für die Montafonerbahn allein 128.000 K, denn sie werden zugeben müssen, daß wir nicht sagen können, wir wollen die Bahn nicht mehr weiter bauen; wir müssen doch helfen. Dann kommt dazu die Rate für das Darlehen mit 36.000 K, dann ein Betrag von 30.000 K für den Rickenbach. Wir hätten also Schulden machen müssen, wenn der Landesausschuß nicht vorgesorgt hätte. Kurz und gut, wir haben Heuer schon die erste Ra.e für das erste Darlehen zu zahlen und nun möchte ich wissen, wie wir das machen würden, wenn wir nicht so vorsichtig gewesen wären und rechtzeitig für Mehreinnahmen gesorgt hätten. Wir haben vorgesorgt, daß die Finanzen auch in Zukunft in Ordnung bleiben können. Wir haben gestern



zwei Gesetzentwürfe beschlossen, im Vorjahre auch zwei; nach diesen hat das Land für sich eine Schuld zu machen im Betrage von 1,829.000 K, die in 21 Jahren abzuzahlen ist. Das ist immerhin noch etwas erträglich, wenn man vergleicht, daß unter den Freisinnigen die Stadt Feldkirch eilte Schuld ausgenommen hat im Betrage von 4,000.000 K. Wir haben von dieser Schuld jährlich, 136.200 K an Zinsen und Amortisation zu zahlen. Dann haben wir ja noch e.was Geld übrig. Nun aber haben sie gestern gehört, wie die Vertreter der einzelnen Bezirke dringende Wünsche haben. Sie haben gehört, daß der Herr Referent damals, Herr Abgeordneter Thurnher, es anerkannt hat, daß noch einmal einzelne ähnliche Gesetze geschaffen werden müssen, daß wir noch einmal eine Notstandsaktion einleiten müssen; dazu werden wir aber Geld brauchen. Es wird jetzt schon der Landesausschuß völlig genotzüchtigt von den Gemeinden, daß er immer Geld geben muß; dieses muß man aber irgend woher nehmen, denn es sind zu viele solcher Wünsche. Wir sind aber infolge davon, daß wir voriges Jahr die Biersteuer erhöht und Vorsorge getroffen haben, in der Lage, auch fernerhin Wünschen gerecht zu werden. Wir werden auch - weil gerade der Herr Vertreter der Stadt Feldkirch auf mich schaut - auch die Illschlucht regulieren, denn dieses ist auch ein dringendes Bedürfnis, damit die Gefahren abgelenkt werden. Es sind zwar dazu auch schwere Gelder erforderlich, aber wir stehen auf dem Standpunkt, nach und nach werden wir dies machen können und wir hoffen, ohne daß wir weitere Schulden machen müssen. Wir werden

## 2. Sitzung des Vorarlberger Landtages. III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

es machen müssen, wie es ein vorsichtiger Geschäftsmann macht, nämlich so, daß wir die Schäden nach und nach beheben. Ich sage, jener, der angesichts dieser Tatsache, wie es das deutschfreiheitliche Flugblatt getan hat, von einer unglücklichen Finanzwirtschaft, von Korruption reden kann, ist einfach eilt unehrlicher Mensch. Die Unehrlichkeit kommt aber erst recht zum Ausdruck, wenn der Versuch gemacht wird, unter Aufzählung einzelner Zahlen, die mau zum Teile künstlich aufsuchen mußte, die Finanzlage des Landes als schlechte zu bezeichnen. In diesem Flugblatte heißt es zum Beispiel: "Die allerorts schauerhafte Finanzwirtschaft der Klerikalen":  
"Die Finanzwirtschaft Vorarlbergs ist eine unglückliche. Die Steuerschraube wird trotz der Teuerung wahnsinnig angezogen. Der Voranschlag von 1908 erforderte einen Aufwand

von 454.000 K, das Erfordernis für das Jahr 1909 war bereits auf 802 000 K gestiegen und der Voranschlag für 1911 weist ein Erfordernis von 1,053.000 K auf."

Nicht wahr! meine Herren, wenn das jemand liest und die Verhältnisse nicht kennt, so muß er zum Glauben kommen, es bestehe tatsächlich im Lande eine schauderhafte Finanzwirtschaft. Wenn z. B. ein Fremder dies liest oder ein Uneingeweihter, so muß er sich sagen, das ist ja schrecklich. Dies wollten aber die freisinnigen Wahlmacher, sie wollten dies erzielen, sie wollten die Finanzlage als eine schlechte darstellen und zwar zu dem Zwecke, um Glauben zu machen, man solle ja keinem Christlichsozialen eine Stimme geben. Dabei aber haben die Herrschaften verschwiegen, was Schuld an dieser Erhöhung des Budget ist; absichtlich haben sie es verschwiegen und darin liegt die Gemeinheit.

Ganz gut wußten diese Herren, daß diese Erhöhung damals im Jahre 1908 erforderlich war wegen Regulierung der Lehrergehalte, welche 315.000 K ausmachen, und wegen der dringenden Wildbachverbauungen im Betrage von 22.100 K. Es ist nun von selbst verständlich, daß die Ausgaben dadurch größer wurden, daß sie sich gesteigert haben; aber wenn man dies den Leuten erzählt und ihnen gesagt hätte, dann hätte jeder gesagt, das hat die christlichsoziale Partei ausgezeichnet gemacht. Nun aber ist es so dargestellt worden, als ob wir die größten Lumpen wären und das Gele, ich weiß nicht wohin, getan hätten. Ich frage sie, ist ein einerseits humanes und andererseits finanziell vorsichtiges Vorgehen schauderhaft schlecht, korrupt? Ich sage: Nein! Schauderhaft schlecht und korrupt ist das Vorgehen des freisinnigen Wahlausschusses, der solche frivole Beschuldigungen erhebt. Es ist übrigens bezeichnend, daß der Wahlwerber, für den diese Sache gemacht wurde und der heute durch Stillschweigen verleugnet, seinerzeit auch für diese Sache gestimmt hat; es ist sehr bezeichnend.

Also wenn wir schon Sünder sind, so ist dies die allergrößte Sünde; denn wir getrauen uns wenigstens zu sagen, was wir gemacht haben.

Aber dieses Hintersichtführen der Wähler ist gemacht worden zu dem Zwecke, um die Wahl ihres Kandidaten durchzusetzen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich doch noch etwas Kleines zur Erheiterung beifügen, an was ich mich noch erinnere vom Jahre 1908. Damals hat sich der Herr Dr. Kinz mit dem Herrn Ertl, mit dem Herrn Sozi, die seither seine ganzen Freunde, ich möchte sagen, Stuhlhalter geworden sind, im

Lande herum begeben und dabei gewaltig gedonnert: er sei für die Erhöhung der Lehrergehalte; hat dann aber gegen die Verzehrungssteuer gedonnert: dieses dürfe nicht sein, dies dürfe man nicht machen. Nun aber hat Herr Dr. Kinz interessanter Weise vergessen zu erklären, wie man es machen sollte. Nun Herrn Dr. Kinz ist aber damals vor der betreffenden Sitzung, wie es scheint, ein neuer Spiritus aufgegangen, hat zwar nicht geredet an demselben Tage, - Ertl saß auch oben und hat mit Argusaugen heruntergeschaut - wohl aber hat Herr Dr. Peer das Wort genommen und im Namen der Linken gesprochen, er werde für die Steuer stimmen, wonach Herr Dr. Kinz von den Sozi weggerückt ist und sie im Stiche gelassen hat. Hoffentlich wird es ihnen nicht wieder so ergehen, nachdem sie ihm jetzt den Stuhl gehalten haben.

Nun zum Schlusse muß ich Ihnen noch etwas sagen; es ist dies noch etwas unverschämter und schmälicher als was ich bis jetzt gesagt habe. Es ist zum Beweise der schlechten Finanzwirtschaft auch angeführt worden, daß

## 2. Sitzung des Vorarlberger Landtages. III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

7

der Voranschlag für das Jahr 1911. emporgeschneit sei bis zum Betrage von 1,033.000 K. Nicht wahr, wenn jemand diese Zahlen in dem angegebenen Zusammenhange liest, so muß er sich denken, diese Christlichsozialen sind doch miserable Finanzpolitiker. In den Zeiten der Teuerung treten solche Erhöhungen beim Landesbudget ein: einen Christlichsozialen wähle ich nicht mehr. Tatsächlich, glaube ich, wird es auch dumme Auguste gegeben haben, die aus diesen plumpen, freisinnigen Schwindeln hereingefallen sind. Worin besteht denn nun dieser freisinnige Schwindel? Er besteht darin, daß die Macher des Flugblattes zu dem in der Sitzung vom 10. Oktober 1910 genehmigten Veranschlage von 833.300 K, die für die zur Behebung der Wasserkatastrophe vorgesehene Einnahme der Biersteuer gut dazu zählte, um aus den hohen Betrag zu kommen. Die allzeit treuen, deutschen Brüder aber verschweigen, daß der Landtag schon für die dringend notwendige Behebung des Landesunglückes infolge der Hochwasserkatastrophe sich vorgesehen habe. Die Macher verschwiegen diese höchst wichtige voraussehende finanzielle Maßnahme, trotzdem sie

dieselbe kannten ja sie kennen mußten, nur um den Christlichsozialen eines anhängen zu können.

Hohes Haus! Sie werden in der Majorität! mit mir daher übereinstimmen, wenn ich zum Schlüsse sage: es ist schmäählich und schändlich, ja es ist auf Volksbetrug abgesehen, wenn Lehrergehaltsregulierungen, wenn dringend notwendige Wildbach-Verbauungsaktionen sowie ein Landesunglück erhalten muß, mit die ganz geordnetes Finanzwirtschaft eines Landes zu diskreditieren, damit der Freisinn mehr Stimmen bekommt. Ich gebe mich daher der Hoffnung hin, daß meine Darlegungen Klarheit in die Finanzwirtschaft des Landes gebracht haben und das Ansehen des Landes durch die gebrandmarkten Verleumdungen, bezüglich guter Finanzwirtschaft und dessen Kredit in keiner Weise Schaden erleide. Ich werde daher, wie bereits der Herr Berichterstatter, betont hat, den Anträgen zustimmen. (Anhaltender Beifall im hohen Hause.)

Landeshauptmann: Wer wünscht weiter das Wort? Herr Dr. Kinz.

Dr. Kinz: Hohes Haus! Ich glaube, ich habe recht getan, wenn ich nicht sofort auf die Anfragen des Herrn Abgeordneten Ölz geantwortet habe, denn dadurch ist mir das Vergnügen geworden, eine im Konzept schon vorbereitete Rede in extenso zu hören. Der Herr Abgeordnete Ölz stellt an mich die Frage, wie! ich mich zu dem Wahllauf verhalte und verlangt Rede und Antwort für etwas, was ich nicht geschrieben und nicht gesprochen habe. Ich erkläre mich mit Vergnügen bereit, alles zu vertreten, was ich selbst geschrieben und in Versammlungen gesprochen habe. Er zieht los gegen den rüden Ton der Flugblätter Und vergißt dabei ganz, daß gerade seine Partei diesen rüden Ton eingeführt hat (Zwischenruf: Das ist nicht wahr!), wie Sie durch Jahrzehnte gegen die Finanzwirtschaft der freisinnigen Gemeindevertretungen losgezogen und ich erinnere Sie daran, wie Sie immer bestrebt waren, den Kredit unserer Stadt herunterzusetzen, ich erinnere Sie daran, wie Sie seinerzeit dem verstorbenen, hochverdienten Bürgermeister Huter, die schwebenden Schuld im Betrage von rund 110.000 K vorwarfen in einer Weise, daß man im Lande herum sprach, er habe das Geld selbst eingesteckt. Sie sind ganz selbst schuld daran, wenn man ihnen mit jener Münze heimzahlt, die Sie selbst geprägt und seinerzeit in Umlauf gesetzt haben. Ich erkläre also nochmals, daß ich die volle Verantwortung übernehme für das, was ich selbst gesprochen und geschrieben habe und fühle mich nicht verpflichtet, das zu verantworten, was

ich nicht selbst gesprochen und geschrieben habe. Im übrigen werde ich mir das Flugblatt näher ansehen (allgemeine Heiterkeit) und wenn ich finde, daß ich darauf etwas zu antworten habe, so werde ich Gelegenheit nehmen, vielleicht schon in der morgigen Sitzung, darüber zu sprechen.

Landeshauptmann: Wünscht noch jemand das Wort? -

Der Herr Abgeordnete Ölz.

Ölz: Ich möchte zum finanziellen Teil noch etwas sagen. Vorerst aber, Herr Bürgermeister, muß ich das entschieden zurückweisen, daß unsere Partei einen so rüden Don angeschlagen hat, wie es hier in diesem Flugblatt der Fall ist. Da

## 2. Sitzung des Vorarlberger Landtages, III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

würden wir uns schämen. Bitte, wenn wir die Gemeindevertretungen angegriffen haben, so wagten wir es nur dann, wenn etwas nicht in der Ordnung war und das war auch gerecht. Der Herr Dr. Peer von Feldkirch ist gewiß nicht unser Mann und Freund, sondern ich halte ihn für einen gefährlichen Gegner; er hat aber kein Wort darüber verloren und es etwa geradelt, daß Feldkirch, um verschiedene Sachen zu sanieren, eine schwebende Schuld von rund 4,000.000 Kronen aufgenommen hat. Es hat sich damals gehandelt um die Errichtung eines Gas- und Elektrizitätswerkes.

Das ist nicht vorgekommen. Sie sind nicht in der Lage, uns diesen Vorwurf zu beweisen. Nun haben sie gesagt, wir hätten eine schwebende Schuld hereingebracht, von der sie nichts wußten. Da hätten die Herren selbst aufklären sollen, sie selbst und hätten sagen sollen: mea culpa. Sie haben es bis heute noch nicht aufgeklärt. Wenn jemand uns angreift - und ich spreche Sie, Herr Bürgermeister, nicht jeder Schuld frei, wenn auch Sie dieses Flugblatt nicht gemacht haben, so hat es doch ihr Parteisekretär gemacht - so geht es nicht an, daß man mit solchen Unwahrheiten den Kredit des Landes so schädigt. Wir haben niemandem im Lande bisher den Kredit genommen.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch weiter das Wort? - Der Herr Abgeordnete Loser.

Lofer: Als der Vertreter der Stadt Bregenz, Herr Dr. Kinz, sich über die im deutschfreiheitlichen Wahlaufufe erhobenen Verdächtigungen und Verleumdungen hätte äußern sollen, tat er dies mit den Worten: "Ich stehe nur für das ein, was ich selber geschrieben und gesprochen habe, was im Wahlaufufe steht, geht mich eigentlich nichts an." Herr Dr. Kinz stellte sich dabei so, als ob er von den in dem famosen deutschfreiheitlichen Wahlaufufe enthaltenen perfiden Verleumdungen nicht einmal Kenntnis gehabt hätte. Ich dachte mir dabei, daß Herr Bürgermeister Dr. Kinz offenbar sehr dem Grundsätze huldige, den unsere Gegner einmal einem viel größeren Bürgermeister andichteten, nämlich dem Grundsatz: "Lieber feig als dumm". Sie dürfen uns, Herr Bürgermeister, nicht für so naiv halten

und uns zumuten, zu glauben, Sie hätten von dem lügnerischen Wahlaufuf, der in Bregenz von den Ihnen am nächsten stehenden Parteigenossen und zu Ihren Gunsten verfaßt wurde, keine Kenntnis gehabt. Ich und Mit mir gewiß alle Mitglieder des hohen Hauses sind vollkommen überzeugt, daß Sie sehr wohl davon Kenntnis hatten. Und sollten Sie selbst bei der Verfassung des Aufrufes nicht dabei gewesen sein, so haben Sie ihn mindestens nachher gelesen und Sie hätten als Ehrenmann und als Mitglied der Landesvertretung die Pflicht gehabt, die lügen-, hafte Darstellung der Finanzlage des Landes sowie die gegen die Landesverwaltung erhobenen Verdächtigungen zurückzuweisen.

Herr Bürgermeister Dr. Kinz ist in seinem bürgerlichen Berufe Advokat, daher auch Verteidiger in Strafsachen. Ich muß aber gestehen, wenn ich im Leben einmal das Unglück haben sollte, ein größeres oder kleineres Verbrechen zu begehen, den Herrn Dr. Kinz würde ich nicht zu meinem! Verteidiger wählen. (Dr. Kinz: ich verzichte darauf.) Denn weith er mich so verteidigen würde, wie er heute sich und seine politischen, Freunde verteidigt hat, wenn man seine Ausführungen überhaupt eine Verteidigung nennen darf, dann wäre mir das höchste Strafausmaß sicher. (Heiterkeit.)

Mein Herr Kollege Ölz hat dargelegt, in welcher Weise über die Finanzlage des Landes gelogen und wie die Landesverwaltung verdächtigt wurde. Ich will mich mit diesem ausführlich behandelten Thema nicht weiter befassen und möchte nur noch einige Momente aus dem Wahlkampfe anführen, um zu zeigen, wie häßlich derselbe gerade von deutschfreiheitlicher Seite geführt wurde. Dabei will ich gleich bemerken,

daß ich sehr wohl weiß, daß der, welcher im Vordertreffen des öffentlichen Lebens steht, sich ab und zu etwas gefallen lassen muß. Ich gehöre durchaus nicht zu den Wehleidigen, die sich gleich gekränkt fühlen, im Gegenteil, ich habe auch schon manchen Puff bekommen und auch bisweilen solche ausgeteilt. Was sich aber unsere Deutschfreiheitlichen, die Partei der sogenannten "Intelligenz", in diesem Wahlkampfe leisteten, übersteigt in der Tat alle Maßen.

2. Sitzung des Vorarlberger Landtages. III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

9

Die Art, wie der Wahlkampf auf deutschfreiheitlicher Seite geführt wurde, ist am besten gekennzeichnet mit dem Worte Niedertracht. (Rufe: "Sehr richtig! Bravo!") In Ihren Wahlaufufen reihte sich Lüge an Lüge sowie eine gewissenlose Verleumdung an die andere. Kaum waren diese Lügen widerlegt, erschienen sie in neuer Auslage und zwar in so infamer und dabei vorsichtiger Form gehalten, daß man diese Strauchritter nicht zur Verantwortung ziehen konnte. Die Herrschaften, die sich als deutschfreiheitlicher Wahlausschuß unterfertigten, hätten besser getan, zu schreiben: Konsortium von Ehrabschneidern und gewissenlosen Verleumdern. (Bravo!) "Hilf, was helfen kann!" dachten sich diese deutschen Helden und machten sich den Grundsatz zu eigen: "Der Zweck heiligt die Mittel!"

Ich will nichts sagen von den Angriffen, die gegen uns, speziell gegen die christlichsozialen Kandidaten gemacht wurden wegen unserer Haltung in wirtschaftlichen, politischen oder religiösen Fragen. Das ist eine tägliche Erscheinung im politischen Kampfe und solche Angriffe regen uns durchaus nicht aus. Es war zwar allerdings sehr blöd, wenn unsere Gegner behaupteten, Dr. Drexel oder die Christlichsozialen überhaupt, seien schuld an der Lebensmittelteuerung. Die deutschfreiheitlichen Macher, die das niedergeschrieben haben, glaubten selbst natürlich nicht im entferntesten daran, aber sie hielten einen Teil ihrer Anhänger tatsächlich durch das Lesen der freiheitlichen Presse für so versimpelt, daß er daran glaube, und sie haben sich in der Tat nicht getäuscht.

Im Vorjahre haben die Herren Abgeordneten Dr. Kinz und Rüschi einen Antrag eingebracht, dahingehend, der Landtag möge Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung treffen. Man hat

lange darüber beraten, was für Vorkehrungen zu treffen seien. Damals hat keiner der Antragsteller die Behauptung aufgestellt, Dr. Drexel sei an der Lebensmittelteuerung Schuld. Sie, meine Herren von der Minorität, haben offenbar damals eine Unterlassungssünde begangen, als Sie nicht daraus aufmerksam machten, daß der Teuerung abgeholfen wäre, wenn Dr. Drexel sein Mandat niederlege. (Große Heiterkeit.)

Doch ich will von dem nicht weiter reden und möchte kurz noch anführen, in welcher perfider und persönlicher Art der Kampf gegen uns geführt wurde. In dem mehrerwähnten deutschfreiheitlichen Aufrufe heißt es u. a. unter der Aufschrift: "Die Klerikalen und der "Gott Nimm". Dabei geht es allen schlecht, nur nicht den klerikalen Mandatären, deren einziger Gott der Geldbeutel ist, die nur zum "Gott Nimm" beten. Jeder dieser klerikalen Politiker betrachtet die Politik als Melkkuh, woraus er wacker Einnahmen beziehen kann."

So der famose Wahlausruf. Dabei werden einzelnen Mandatären der christlichsozialen Partei Gehalte, beziehungsweise Einkommen angedichtet, die sie nie beziehen. So wird behauptet, Herr Ölz, Oberdirektor der Hypothekenbank, beziehe 10.000 K Gehalt und Dr. Drexel habe ein Einkommen von 20.000 K; so schrieb u. a. auch das Leibblatt des Herrn Bürgermeisters, der "Powidl", genannt "s Ländle". Was den Gehalt des Herrn Oberdirektors anbelangt, ist natürlich auch ziemlich etwas hinzu gelogen worden. Wenn Herr Oberdirektor aber, sagen wir einen annehmbaren Gehalt hat, so gebührt ihm derselbe in vollem Maße. Der Mann hat sein Geschäft ausgegeben, hat seine ganze Kraft und reiche Erfahrung in den Dienst des Institutes gestellt und hat dasselbe seit Beginn musterhaft und mit Erfolg geleitet. Während in allen anderen Kronländern, wo z. B. Von Freiheitlichen solche Institute gegründet und geleitet wurden, das Land anfänglich ganz bedeutende Zuschüsse leisten mußte, war dies bei uns nicht der Fall. Ich empfehle Herrn Dr. Kinz, er möge einmal Vergleiche ziehen, was Herr Ölz als Bankdirektor bezieht und was anbieten Bankdirektoren für Gehalte haben. Sie haben ja, Herr Dr. Kinz, im letzten Jahre gemeinsam mit einem Bankdirektor jüdischen Stammes eine mehrwöchentliche Vergnügungsreise gemacht und hätten dort hinreichende Gelegenheit gehabt, sich diesbezüglich zu informieren. (Heiterkeit.) Dann wurde weiter gelogen, Dr. Drexel habe ein Einkommen von 20.000 K (Rufe: 16.000 K). Im "Powidl", vulgo



"Ländle" hat es meines Wissens geheißen 20.000 Kronen, in Flugblättern 16.000 K auf ein paar tausend Kronen mehr lobet weniger kommt es den

### 3. Sitzung des Vorarlberger Landtages. III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

Herren Freiheitlichen ebenso Wenig an wie auf ein paar Lügen mehr oder weniger. Dr. Drexel bezieht natürlich auch nicht die Hälfte dieser Bezüge.

Die Herren Freiheitlichen haben es auch für gut befunden, uns den Bezug der Diäten vorzuwerfen. Ich erkläre offen, daß ich z. B. nicht in der Lage wäre, tote etwa mein gewählter Kollega Dr. Kinz das Mandat ohne den Bezug der Diäten auszuüben. Ich gehöre nicht zu den Wohlhabenden. Herr Dr. Kinz zählt jedoch zu den reichen Leuten und meines Wissens haben auch diese auf die Diäten nicht verzichtet. Ich verspreche daher, daß ich, falls der deutsche Nationalverband einen Antrag einbringen sollte, daß künftighin keine Diäten mehr ausbezahlt werden sollen, diesen Antrag im Kreise meiner politischen Freunde wärmstens befürworten werde. (Große Heiterkeit!)

Und nun gestatte ich mir mit Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden, einige Stellen aus dem freiheitlichen Wahlauftruf dem hohen Hause zur Verlesung zu bringen. (Liest):

"Während, also das Volk unter dem Drucke neuer Steuern unsäglich zu leiden hat, geht es den Herren in der klerikalen Versorgungsanstalt ganz herrlich. Die Deutschfreiheitlichen haben niemals die Politik in den Dienst ihrer persönlichen Interessen gestellt, sie sind stets in selbstloser und uneigennütziger Weise nach besten Mästen für das Gesamtwohl eingetreten.

Wir müssen auf das entschiedenste die jede politische Moral untergrabende Bereicherung der einzelnen klerikalen Berufspolitiker aus Kosten des ganzen Volkes bekämpfen. Diesem schändlichen Treiben der klerikalen Volksverführer muß unbedingt Einhalt geboten werden. Wer erkannt hat, wie schamlos die gewesenen klerikalen Abgeordneten Vorarlbergs ihre Landsleute verraten haben, der wird keine Stimme einer Partei geben, deren Größen ausnahmslos die eifrigsten Anbeter des Gottes "Nimm" sind!

Programm der Klerikalen  
in Wirklichkeit so heißt:

Neue Steuern und neue Schulden, Erhöhung der Umlagen in kurzer Zeit auf das Zwei- und Dreifache! !

Schonung der vielfachen Millionäre und steinreichen Großgrundbesitzer, kräftige Ausbeutung des Arbeiter- und Mittelstandes! !

Ewige Andacht der klerikalen Berufspolitiker zum Gott Nimm und möglichste Bereicherung derselben auf Kosten der Gesamtheit; eifrige Für-sich-Sorge! !

"Wir fragen: Hat je ein Vorarlberger Bauer einen Nutzen verspürt von der politischen Tätigkeit Jodok Finks? Im Gegenteil, alle wurden durch ihn geschädigt, nur ihm selber geht es gut. (Zwischenruf: Pfui! Pfui!) Hat je ein Gewerbetreibender etwas von der "segensreichen" Tätigkeit des Gewerberetters Loser gemerkt? Nur Herr Loser selber. Und wo zeigt sich Karl Drexels Wirkung? Nirgends als in der Steigerung seines Einkommens. Die Stickerei geht trotz des Stickerbundes schon tätige sehr schlecht."

Hieraus muß das hohe Haus ersehen, in welcher gemeiner Weise wir in unserer persönlichen Ehre angegriffen wurden.

Die Verleumder werfen uns vor, wir hätten uns auf Kosten des Volkes bereichert und wir treiben Korruption. (Rufe: "Pfui! Schande!") Herr Bürgermeister Dr. Kinz, ich fordere Sie und Ihre Hintermänner auf, wenn auch nicht heute, so doch in nächster Zeit, den Beweis zu erbringen, welcher von uns keine reine Hände hat und wer von uns Korruption treibt.

Wenn jene, die diese infame Beschuldigung gegen uns erhoben haben, den Beweis hierfür nicht zu erbringen vermögen, so erkläre ich dieselben hier von dieser Stelle aus als ehrlos in des Wortes vollster Bedeutung. ("Bravo, Bravo!"-Rufe.) Unsere persönliche Ehre, dieses wertvollste Gut, lassen wir uns auch von politischen Strauchrittern nicht rauben.

Hohes Haus! Ich habe nun dargetan, in welcher Art von deutschfreiheitlicher Seite gegen uns gekämpft wurde. Wir, die wir im Wahlkampfe diesen Verleumdungen ausgesetzt waren, verlangen nicht, daß die Landesvertretung uns Genugtuung gebe, beziehungsweise ein Vertrauensvotum ausstelle. Wir wissen, wie die Mitglieder des hohen Hauses über uns und über diese Kampfart der

Gegner denken. Nachdem aber auch das Ansehen des Landes schwer geschädigt und dessen Verwaltung in perfider Weise angegriffen wurde, erscheint es angezeigt, gegen diese Verleumdungen energisch zu protestieren, deswegen erlaube ich mir, dem hohen Hause einen diesbezüglichen Antrag

3. Sitzung des Vorarlberger Landtages. III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

11

zu unterbreiten, um dessen Annahme ich ersuche (lieft):

Der hohe Landtag wolle beschließen:

"Der Landtag spricht seine tiefste Entrüstung darüber aus, daß die Finanzwirtschaft des Landes in einem im Verlage des deutschfreiheitlichen Wahlausschusses in Bregenz erschienenen Wahlaufdruck absichtlich und mit Vorbedacht als "unglücklich" und "traurig" bezeichnet wurde. Der Landtag konstatiert demgegenüber, - daß die Finanzlage des Landes eine nach jeder Richtung hin geordnete und günstige ist. Das Land Vorarlberg hatte bis zum Eintritt der Hochwasserkatastrophe im Vorjahre überhaupt keine Schulden, wohl aber angesammelte Fonds und Besitze im Werte von rund 1 Million Kronen. Infolge des durch die Hochwasserkatastrophe angerichteten Schadens ist die Landesvertretung gezwungen, ein Darlehen vorderhand im Betrage von 1,829.000 K aufzunehmen, welcher Betrag nach der getroffenen Vereinbarung innerhalb 21 Jahren rückbezahlt werden wird. Der Landtag hat aber auch schon im vorigen Jahre, gerade um eine geordnete Finanzlage des Landes erhalten zu können, Vorsorge für die Deckung der durch das Hochwasser entstandenen höheren Auslage durch eine Erhöhung der Biersteuer von 2 K pro Hektoliter getroffen.

Der Landtag weist die im ob genannten Wahlanfrufe enthaltenen unverantwortlichen Schmähungen und Verleumdungen, als wäre die Finanzlage des Landes eine unglückliche

und traurige, als herrsche  
Korruption, als arbeite die Landesvertretung  
mit Lug und Trug, mit  
Abscheu zurück und zwar um so mehr,  
als diese Verleumdungen gerade  
im jetzigen Momente, wo das Land

im Begriffe steht, zur Behebung des  
durch die Hochwasserkatastrophe verursachten  
Schadens Anlehen aufzunehmen.

geeignet ist, den Kredit  
des Landes zu schädigen und die  
ganze Notstandsaktion hiedurch auf  
das empfindlichste zu beeinträchtigen.

Der Landtagbrandmarktein  
solches das Ansehen des Landes und  
seinen guten finanziellen Ruf  
schädigendes Vorgehen als verwerflich  
und überantwortet die Urheber  
derartiger Verleumdungen  
dem wohlverdienten Urteile der  
gesamten Öffentlichkeit."

Landeshauptmann: Wer wünscht weiter  
das Wort? Herr Abgeordneter Rüsck.

Rüsck: Hohes Haus! Mein Kollege Dr. Kinz,  
hat bereits betont, daß es ungerecht sei, die hier  
Anwesenden dafür verantwortlich zu machen, was  
geschehen ist. .In wie weit eine Verantwortung  
vorhanden ist, kann ja festgestellt werden. Ich  
möchte folgendes sagen: Was die Herrn gesprochen  
haben, ist ja begreiflich; Sie trachten,  
ich möchte sagen, zum Fenster hinaus zum Volkes  
zu sprechen, um ihrem Verluste, den Sie, erlitten)  
haben, nach ihrer Gesinnung Ausdruck zu geben.  
Aber, meine Herren, wir sind nicht daraus vorbereitet  
gewesen, hier in entsprechender Weise  
sofort entgegen zu können; denn hätten wir Jhuief  
Flugblätter auch hier, hätten wir vielleicht eine  
große Anzahl ähnlicher und gleicher Sachen vorbringen  
können. Meine Herren;, (Ölz: Das ist  
nicht wahr) schauen Sie nicht nur die Druckschriften  
und Flugblätter von jetzt, sondern auch  
von früher an und sie werden sich überzeugen,  
daß jede Partei zu dieser oder jener Zeit etwas  
tut, was sie nicht verantworten kann; das ist  
bei Ihnen in noch höherem Maße der Fall gewesen  
als bei uns. Wir können nicht aus Einzelheiten  
eingehen, weil wir das Material dazu  
nicht zur Hand haben. Das aber ist gewiß,  
daß wir jedenfalls auch Gelegenheit gehabt hätten,  
genügend Zitate vorweisen zu können Und  
Sie in gleicher Weise zu kritisieren wie Sie uns.

Landeshauptmann: Wer wünscht weiter  
das Wort? Herr Abgeordnete Dr. Drexel.

## 2. Sitzung des Vorarlberger Landtages. III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

Dr. Drexel: Hohes Haus! Auf die Erklärung des geehrten Herrn Vorredners möchte ich eine Bemerkung machen. Ich hatte nicht im Sinne zu sprechen, aber jetzt tue ich es. Ich bin veranlaßt durch den Vorwurf, daß ich 16.000 K (einmal hieß es 20.000) Einkommen habe - ob die Lüge etwas größer oder kleiner ist, darauf kommt es dem Freisinn gar nicht an. - Ich bin in meiner Ehre schwer getroffen, weil jeder sich ausrechnen kann, wieviel ich beziehe. Man hat mich verdächtigt, daß ich meine Stellung in der Politik lediglich als Melkkuh benutze, nur giu meinem persönlichen Vorteil. Daß wir uns bereichern, ist spezifisch und individuell eine ganz gemeine Lüge, und es muß den Eindruck machen, daß, wenn der Wahlaufuf solche Dinge vorbringt Sie das auch beweisen können, daß es wirklich so ist. Ich bin auch der Meinung, daß Sie, Herr Ignaz Rüsç, persönlich an dem Aufruf nicht mitgearbeitet haben, ich weiß nicht soll ich ihn deutschfreisinnig, deutschfortschrittlich oder deutschfreiheitlich nennen, wenn ich mich nicht täusche, sind alle drei Namen unterfertigt. Wenn, Sie sagen, Sie könnten ihn packen, so nennen Sie mir den Namen und dann packe ich ihn, - Sie müssen ihn wissen - daß er mir den Beweis bringt, wo ich Korruption getrieben, wo ich mich bereichert habe, woher ich 16.000 K bekomme. Sie wissen, daß das der schwerste Vorwurf ist, den man einem Abgeordneten machen kann. Ich hätte von Ihnen, Herr Rüsç, als Dornbirner und alter Nachbar erwartet, daß Sie nicht mit einer so faden Ausrede kommen und mit derselben eigentlich die Handlungweise der Freisinnigen decken. Ich hätte erwartet, daßj Sie sagen, diesen Vorwurf decke ich mit meinem Namen nicht, ich bedaure, daß so etwas gesagt wurde; und ich muß gestehen, daß das eine Ausflucht ist. Wenn man mir die Schuld an; der Teuerung zugeschrieben hat und was man sonst noch geredet hat, das ist mir ganz gleichgültig; aber eine Frage: Erinnern Sie sich an; den Vorwurf "Zehnerjäger"? Das sage ich Ihnen, Sie sind zehnmal reicher als ich und Herr Dr. Kinz hat hundertmal mehr Geld als ich und Sie haben sich! auch immer die 10 K zahlen lassen. Hlerr Dr. Kinz wohnt in Bregenz und hat weiter keine Auslagen und er hat die 10 K auch genommen; das ist ja selbstverständlich.

Jeder Fremde wird sagen: Ja, wie können Sie das machen? Fragen Sie, meine Herren, die,

die hier übernachten müssen, wieviel Sie Auslagen haben, wieviel sie im Geschäfte daheim versäumen. Solche Vorwürfe hätten Sie mit ihrer Person nicht ducken sollen; das ist es, was ich erwartet hätte. Bringen Sie mir einen einzigen Fall, wo solche Verdächtigungen unsererseits ausgesprochen Morden sind. Das hätte ich erwartet, alles andere ist, wie Herr Abgeordneter Loser gesagt hat, ein politischer Kampf, aber diese persönlichen Verdächtigungen allerniedrigster Art verdienen den Namen "Niedertracht".

Ich habe selbst spüren müssen, daß Leute sich unterstehen, zu sagen, daß ich Mitglied der Stadtvertretung, im Landtag und im Landesausschusse sei und Sie rechnen dann mein Einkommen aus. Schauen Sie, wie groß meine Spesen sind für meine Arbeit; meine Referate mache ich zu Hause und bekomme keinen Heller dafür. Wenn einer den ganzen Tag hier in der Kanzlei sitzt von 8 1/4 morgens bis 1/4 6 abends und arbeitet, glauben Sie, 10 K seien zuviel? Herr Dr. Kinz, was würden Sie rechnen, wenn Sie 10 lange einer Verhandlung beiwohnen müßten? (Dr. Kinz: nach dem Tarif! Heiterkeit.) Uns machen Sie solche Vorwürfe; das ist es, was zu bedauern war in diesem Wahlkampf. Ich hätte gedacht, daß Herr Abgeordnete Ignaz Rüschi, wo wir uns doch von Dornbirn her kennen, erklären würde, mit diesem Vorwurf will ich mich nicht decken und daß er sich auf keinen Fall in dieser Weise rechtfertigt; so ist Meine Auffassung. Ich hätte nicht gesprochen, wenn Sie diesen Vorwurf, der vorgelesen wurde, nicht durch Ihre Erklärung gedeckt hatten. Wenn das bei Uns geschehen wäre und Sie hielten mir das vor, so sagte ich, ich bedaure, daß so etwas vorgekommen ist, ich will mich mit diesem Vorwurf nicht decken. Sie wissen aus meiner Haltung ganz gut, daß ich in Dornbirn, daß ich im Landtage nicht ein einziges Mal den Gegner mit einem solchen Vorwurf verfolgt habe, aber den Vorwurf, der da verbreitet worden ist, weise ich als Landtagsabgeordneter entschieden zurück. Ich bin heute so mittellos wie früher und wenn Sie wissen wollen, was ich für einen Besitz habe, so sage ich Ihnen, daß mein ganzes Besitztum in zwei kleinen Grundstücken besteht, und

2. Sitzung des Vorarlberger Landtages. III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

13

da kann man sagen, daß man sich bereichere, das ist der schwerste Vorwurf, der einen treffen kann, wie es auch der ist, der in einer nicht

freisinnigen Zeitung gestanden ist: ich hätte mit den Großgrundbesitzern gestimmt und dafür etwas Geld in die Tasche bekommen. Alles andere sind Vorwürfe, die man sich gefallen lassen kann, aber einen solchen Vorwurf kann man nicht rechtfertigen, besonders wenn man ganz genau weiß, mit welchen großen Ausgaben ich zu rechnen habe. Ein solches Vorgehen war nicht recht im Wahlkampfe, das weise ich an dieser Stelle entschieden zurück und bedaure, daß dieser Wahlkampf eine Verwilderung im politischen Leben gezeitigt hat, wie wir es in Vorarlberg noch nie erlebt haben. Ich lege Ihnen meine Geldtasche heraus und dann können Sie sehen, was drinnen ist. Wenn Sie, Herr Dr. Kinz, 12 Tage lang so damit leben können, wie Sie zu leben gewohnt sind, dann gratuliere ich Ihnen.

Landeshauptmann: Wer wünsch: weiter das Wort? Herr Abgeordnete Rüschi.

Rüschi: Ich möchte nur erwidern, daß ich glaube, in meiner ersten Ausführung, ausgedrückt zu haben, daß ich nicht alles billige, was auf allen Seiten der Parteien geschehen ist; im Gegenteil, ich finde es bedauerlich, daß auf Seite alter Parteien rücksichtslos in diesem Wahlkampfe Fehler begangen wurden, die nicht hätten begangen werden sollen. Jede Partei muß, hier in gewisser Beziehung an die eigene Baust klopfen. (Zuruf: Studieren Sie die Wahlaufrufe!)

Landeshauptmann: Wer wünscht weiter das Wort? - Herr Abgeordnete Ölz.

Ölz: Ich möchte auch noch ein Wort sagen. Ich Miß Ihnen offen gestehen, daß mich die Haltung des Herrn Dr. Kinz nicht wundert; der lächelt zu allem, man mag sagen, was man will. Aber vom Herrn Abgeordneten Rüschi habe ich eine höhere Auffassung gehabt. Sie sind sonst ein feiner Mann, ein Gentleman. Ich hätte wirklich geglaubt, Sie würden die Art des Kampfes, wie er geführt worden ist, ablehnen. Sie hätten doch sagen müssen, wenn das so ist, wenn man nämlich die Finanzwirtschaft des

Landes so heruntergesetzt hat, daß Sie dies bedauern, daß dies nicht in Ordnung sei. Aber frisch weg, Sie machen es umgekehrt: so kommt es wenigstens heraus. Ich verahre nach dagegen. Sie sagen ja, wir seien Lumpen, es kann sein; aber dann sind Sie noch die größeren Lumpen. Sie haben nichts bewiesen und werden nichts beweisen können. Wir sind nur immer diejenigen gewesen, die abgewehrt haben und zwar

deshalb, weil man uns angegriffen hat. Sie haben die größten Lügen aufgebracht. Die Deutschfreiheitlichen waren nach viel schlechter als die Sozialdemokraten; das steht außer Zweifel. Sie haben sich durch ihre Macher nicht gescheut, unsere Partei in eurer Weise anzugreifen, die Sie nie rechtfertigen können. Ich habe zum Herrn Alge, den ich schon seit langem persönlich gut lernte, am Bahnhofe in Feldkirch gesagt, als er nach Göfis ging, um eine Rede zu halten und ich nach Bludenz fuhr: Was ihr jetzt treibt, ist dem Teufel zu schlecht; und ich sage das auch heute noch, wie sie es diesmal getrieben haben, ist dem Teufel zu schlecht. Ich muß offen gestehen, ich kenne unsere Wahlaufrufe, wir haben keinen besonderen Vorwurf erhoben, wir haben alles, was wir sagen mußten, in der Stellung der Abwehr gemacht. Es wäre uns gar nicht eingefallen, dem Herrn Bürgermeister vorzuwerfen, er nehme auch K 3600, aber wenn die Herren sagen, wir beziehen so hohe Gehälter, so müssen Sie schon entschuldigen, wenn ich sage, der reiche Herr protzt mit seinem Geldbeutel, läßt sich jährlich 3.660 K von der Stadt ausbezahlen und ist selten in der Kanzlei zu-Westen. Ich mußte das jagen, meine Herren, wir haben bis jetzt das nicht getan; man hat den persönlichen Kampf geführt, besonders gegen den Herrn Dr. Drexel in infernal-er teuflicher Weise, wie man es noch nie gesehen hat. Wir haben die Herren bis jetzt nicht fassen können; es werden immer nur Andeutungen gegeben; das ist schändlich. Ich will Ihnen aber sagen, wenn Sie das Gebiet weiter betreten, Herr D. Kinz, dann werden wir Ihnen Sachen aufdecken, daß Sie schamrot werden, und ich sage das Ihnen im offenen Hause und nehme das nicht zurück. In letzter Zeit ist wieder eine Broschüre erschienen, wo einer den Klerus in gemeinster Weise angegriffen hat. Aber wenn Sie nicht nachgeben, so erkläre ich Ihnen, daß wir auch persönlich

## 2. Sitzung des Vorarlberger Landtages. III (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

werden können, können, sage ich, wenn ich es auch sonst verurteile. Es soll ein Kampf nicht persönlich geführt werden. Aber wenn es die Herren schon einmal wollen, daß Sie, wie es bei Geistlichen wiederholt vorkommt, wenn sie einmal eilten Fehltritt begehen, diesen Vorfall immer wieder bringen; so können wir auch aufwarten; wir hätten Arbeit, wenn wir alle Fehler der Freisinnigen aufdecken wollten. Wie schonend waren wir, als der Vorstand des deutschfortschrittlichen Vereines mit einem Schifflein absegelte. Sogar freisinnige Herren von Bregenz und von



Bludenz haben es anerkannt, daß man Respekt haben müsse vor einer so noblen Haltung. Wir haben die ganze Sache nur mit ein paar Worten abgetan; wir hätten Legenden schreiben können, aber wir haben es nicht gejoitt. Ich möchte schon bitten, daß diejenigen Herren, die einen maßgebenden Einfluß haben, denselben in dieser Beziehung auch geltend machen. Etwas geschieht überall, das ist einmal auf der Welt; aber die Zeitungen, die sich mit diesem Schmutze abgeben, die sollte man zurechtweisen.

Landeshauptmann: Wünscht noch jemand das Wort? - Wenn niemand sich meldet, so ist die Debatte geschlossen. Der Herr Referent hat das Wort.

Thurnher: Gegen den vorliegenden Antrag des Landesausschusses sind von keiner Seite Einwendungen erfolgt. Ich habe daher diesen Antrag nicht weiter zu verteidigen. Ich muß nur konstatieren hinsichtlich der Debatte, die eben stattgefunden, daß es das erstemal seit 30-40 Jahren vorgekommen ist, daß die materielle Wirksamkeit des Landes und das finanzielle Gebaren des Landtages öffentlich angegriffen worden ist. Ich bin mit der finanziellen Gebarung des Landes ziemlich verwachsen und vertraut. Es sind nahezu ein paar Jahrzehnte her, seit ich die Voranschläge für das Land verfasse und ich möchte nur das eine feststellen, daß immer von Seite der Bevölkerung ohne Unterschied der Partei, dieser finanziellen Gebarung des Landes, sowie der Sparsamkeit, die der Landesausschuß und der Landtag seit langer, langer Zeit übte, die vollste Anerkennung gezollt hat. Es ist stets allseitig anerkannt worden, daß wir die geringsten Umlagen unter allen Kronländern des Reiches hatten

und seit vielen Jahren schuldenfrei dagestanden sind, und ich habe die Hoffnung, daß, wenn wir auch in der Folge nicht mehr schuldenfrei sein, werden, es uns auch weiterhin finanziell nicht schlecht gehen werde. Ich habe gestern schon darauf hingewiesen, daß wir, obwohl die Hochwasserkatastrophe dem Lande so großen Schaden angerichtet hat und wir viele Millionen bedürfen, um die Gefahren zu beheben, mit Rücksicht auf unsere bisherige Sparsamkeit und auf unser diesbezügliches Wirten, wo wir jede unnötige Auslage unterlassen haben, wo die Mitglieder der Landesvertretung und des Landesausschusses ja kaum eine hinreichende Entschädigung zur Deckung; der ihnen durch die Amtsausübung erwachsenden Ausgaben beansprucht haben, auch in Zukunft die Hoffnung hegen dürfen, daß wir ohne Gefährdung unserer Finanzen und in der bisher durch Jahrzehnte

geübten Weise fortwirken können, ohne das Land in außerordentliche Umlagen zu stürzen. Ich gebe daher meinem Bedauern Ausdruck, daß im letzten Wahlkämpfe in einer solchen Weise vorgegangen worden ist, wie es bisher noch nie der Fall war. Im übrigen mochte ich noch einmal dein Landtage die Annahme des Punktes 2, der eine Anfechtung nicht erhalten hat, empfehlen.

Landeshauptmann: Wir schreiten zur Abstimmung und zwar werden wir zunächst über den Antrag des Herrn Abgeordneten Loser abstimmen und hernach über Punkt 2 der Anträge des Landesausschusses und dann werden wir in die zweite Lesung der beiden Gesetzentwürfe eingehen.

Bevor wir aber zur Abstimmung schreiten, mochte ich noch einige wenige Worte dazu sprechen. Es ist mir als Vorsitzender des hohen Hauses nach der Geschäftsordnung nicht gestattet, in eine Debatte mich einzulassen und fällt mir auch hier gar nicht ein, dies zu tun, es ist lange genug gesprochen worden. Aber nachdem in dem bekannten Wahlaufufe die Wirtschaft des Landes verdächtigt und als schlechte hingestellt wird, nachdem den Mitgliedern des Landesausschusses persönliche Bereicherung vorgeworfen wird, nachdem von "Gott Nimm" und Korruption der Landesverwaltung gesprochen wird, so muß ich als Vorsitzender der Landesverwaltung doch auch wenige Worte sagen. Ich will nicht polemisieren, aber ich kann sie versichern, meine verehrten Herren,

## 2. Sitzung des Vorarlberger Landtages. III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

15

es hat mich diese Art von Vorwurf so geschmerzt, daß es mir sehr nahe gegangen ist. Sie wissen alle ausnahmslos, daß bei uns in Vorarlberg die Verhältnisse ganz andere sind als in andern Ländern. Während in anderen Kronländern ausnahmslos alle Landesausschüsse, welche Referate haben, 3, 4-6000 K Bezüge haben, während in andern Ländern der Landeshauptmann 12.000 bis 16.000- K Gehalt hat, so ist bei uns die denkbar einfachste Verwaltung in dieser Beziehung feit Beginn des verfassungsmäßigen Lebens, links es sei hier öffentlich konstatiert, damit man eich für allemal diesen Angriffen ein Ende setze, daß bei uns kein Landesausschuß em Gehalt bezieht, sondern daß der Landesausschuß nur dann Diäten rechnen kann, wenn er eine Sitzung besucht, wie es beim Landtag auch der Fall ist oder wenn er eine Kommission hat. Bei einer kommissionellen Begehung haben sie wie die Beamten

des Landes eine Fahrpreientschädigung für die I. Klasse und eine Kilometergebühr von 40 h und wenn man nun einen Wagen nehmen muß, dann bitte zu rechnen, was übrig bleibt, wenn man für einen Kilometer 40 h bekommt. Von Bregenz nach Dornbirn sind es 10 km, es träfe also 4 K; wer würde heutzutage um diesen Betrag ein Fuhrwerk stellen? Was meine Wenigkeit anbelangt, so muß ich sagen: Ich bin 21 Jahre an der Spitze des Landes gestanden -, bis jetzt ist es keinem Vorgänger gegönnt gewesen, die Geschäfte des Landes so lange zu führen - und es ist in meiner Amtszeit noch nie vorgekommen, daß man die persönliche Ehre der Landesausschußmitglieder, zu denen auch ich gehöre, in so unerhörter Weise angegriffen hat. Man hat mich nicht angegriffen, aber man hat die ganze Landesverwaltung angegriffen und als korrupt bezeichnet und sie wissen, meine Herren, daß ich jetzt 21 Jahre lang, ich kann sagen, meine Gesundheit, meine ganze Kraft, mein Geschäft geopfert habe, um meinem Lande uneigennützig zu dienen (Bravo! Sehr richtig!). Dieser Vorwurf hat mir wehe getan; das wollte ich noch bemerken.

Wünscht einer der Herren, daß der Antrag noch einmal verlesen wird? - Wenn nicht, dann ersuche ich jene Herren, welche dem Antrage ihre Zustimmung erteilen wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Es ist die Majorität.

Nun habe ich noch die beiden Anträge des Landesausschusses zur Abstimmung zu bringen. Ich will zunächst über den Antrag, betreffend die Ermächtigung der Aufnahme eines Darlehens im Höchstbetrage von 837.500 K die Abstimmung einleiten und ich ersuche jene Herren, welche dem Antrage ihre Zustimmung erteilen wollen, sich gefälligst von ihren Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Thurnher: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung des ersten Gesetzentwurfes.

Landeshauptmann: Der Berichterstatter beantragt die dritte Lesung des ersten Gesetzentwurfes. Wenn niemand etwas dagegen hat, so ersuche ich jene Herren, welche dem Gesetzentwurfe, wie er aus der zweiten Lesung hervorgegangen ist, auch in der dritten ihre Zustimmung

erteilen wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Nun kommen wir zu Punkt 2 der Anträge des 1. Gesetzentwurfes betreffend die Ermächtigung der Aufnahme eines Darlehens im Höchstbetrage von 2,271.000 K und ich ersuche jene Herren, die dem Antrage ihre Zustimmung erteilen wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Thurnher: Ich beantrage auch beim 2. Gesetzentwürfe die Vornahme der dritten Lesung.

Landeshauptmann: Wenn niemand gegen den Antrag eine Bemerkung zu machen hat, so schreiten wir zur dritten Lesung und ich ersuche jene Herren, die dem Gesetzentwurf, wie er aus der zweiten Lesung hervorgegangen ist. auch in der dritten Lesung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Somit wäre dieser Gegenstand erledigt.

Wir kommen nun zum zweiten Punkte unserer Tagesordnung, das ist: ein Bericht

2. Sitzung des Vorarlberger Landtages. III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

16

des Landesausschusses über den Gesetzentwurf betreffend die Verdauung des Luogenbaches in Au (Beitage 5 und 5 A).

Der Bericht ist schon an die Herren Abgeordneten verteilt worden und ich glaube, Sie werden in Anbetracht der vorgerückten Zeit auf eine Verlesung desselben verzichten. Datum bitte ich den Herrn Abgeordneten Fink als Referent des Landesausschusses in dieser Sache, das Wort zu ergreifen.

Jodok Fink: Ich werde aus gleichem Grunde versuchen, mich möglichst kurz zu halten. Die Angelegenheit, die jetzt in Verhandlung steht,

datiert schon ziemlich weit zurück. Schon im Jahre 1904 hat der Leugenbach oder Leugerbach in der Gemeinde Au bedeutende Verheerungen angerichtet. Seit diesem Jahre sind Verhandlungen gepflogen worden, Pläne aufgenommen, um der Wiederkehr von Verheerungen durch diesen Wildbach vorzubeugen. Aber innerhalb dieser Zeit ist der Leugenbach nicht zur Ruhe gekommen, sondern hat periodisch innerhalb 2 oder 3 Jahre neues Geschiebe gebracht und neue Verheerungen an den Kulturen angerichtet, so daß jetzt auch die Kosten der Verbauung dieses Wildbaches gegenüber den ursprünglichen Kosten außerordentlich angewachsen sind und zwar bis zur Höhe von rund 136.000 K für Verdauung und dazu ist noch ein Betrag von 13.000 K für die Erhaltung der Bauten in Aussicht genommen. Das k. k. Ackerbauministerium hat in entgegenkommender Weise zugestimmt, daß bezüglich der Aufbringung der Kosten von Seile des Meliorationsfonds ein 70%iger Beitrag geleistet werde. Das Land muß nach dem Gesetze von den Herstellungskosten 30% übernehmen, hat aber das Recht, 10% von der Gemeinde, beziehungsweise den Interessenten anzusprechen. Dieses ist nun kurz die geschilderte Genesis der Verheerungen durch den Leugenbach und ich empfehle dem hohen Hanse die Annahme der vorn Landesausschusse gestellten Anträge, welche lauten:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

"1. Dem beiliegenden Gesetzentwurfe betreffend die Verdauung des Luogenbaches in der Gemeinde Au wird die Zustimmung erteilt.

2. Der Landesausschuß wird ermächtigt. aus eigener Initiative oder über Verlangen der Regierung einzelne etwa notwendig erscheinende Textesänderungen des Gesetzentwurfes vor Erwirkung der Allerhöchsten kaiserlichen Sanktion beschlußweise mit der Regierung zu vereinbaren und vorzunehmen, insoferne weder grundsätzliche Bestimmungen des Gesetzentwurfes tangiert noch auch derartige neue Bestimmungen geschaffen werde n."

Bei der Spezialdebatte werde ich mir erlauben, eine Korrektur vorzunehmen in der Schreibweise des Wortes "Leugenbach".

Landeshauptmann: Ich eröffne über Bericht

und Antrag sowie über den Gesetzentwurf die Generaldebatte; wünscht jemand hiezu das Wort? -

Wenn niemand sich zum Worte meldet, können wir in die Spezialdebatte eingehen und ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Jodok Fink: Ich kann vielleicht von der Verlesung des Berichtes absehen, möchte aber nur darauf hinweisen, daß in der vorgedruckten Beilage der Bach "mit Luogenbach" bezeichnet wird; ich habe nun konstatieren können, daß die richtige Bezeichnung desselben "Leugenbach" ist und ich stelle daher den Antrag, daß in § 1 und in weiteren §§ sowie im Titel statt "uo" "eu" gesetzt werde und rufe damit § 1 an.

Landeshauptmann: Wenn niemand das Wort wünscht, so erkläre ich den § 1 mit der beantragten Änderung als angenommen.

Jodok Fink: § 2. -

Landeshauptmann: § 2 ist angenommen.

Jodok Fink: § 3. -

Landeshauptmann: § 3 ist angenommen.

Jodok Fink: § 4. -

Landeshauptmann: § 4 ist angenommen.

2. Sitzung des Vorarlberger Landtages. III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

17

Jodok Fink: § 5.

Landeshauptmann: § 5 ist angenommen

Jodok Fink: § 6.

Landeshauptmann: § 6 ist angenommen.

Jodok Fink: § 7.

Landeshauptmann: § 7 ist angenommen.

Jodok Fink: § 8.

Landeshauptmann: § 8 ist angenommen.

Jodok Fink: (Liest Titel und Eingang des Gesetzentwurfes.)

Landeshauptmann: Wird gegen Titel und

Eingang des Gesetzentwurfes mit der beantragten Abänderung eine Einwendung erhoben? -

Wenn dieses nicht der Fall ist, so erkläre ich Titel und Eingang des Gesetzentwurfes als angenommen.

Jodok Fink: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung des Gesetzentwurfes.

Landeshauptmann: Wird dagegen eine Einwendung erhoben? -

Wenn nicht, so ersuche ich alle jene Herren, die dem Gesetzentwürfe, wie er aus der zweiten Lesung hervorgegangen ist, auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Wir hätten nun noch den Punkt 2 der Anträge in Verhandlung zu ziehen, der bereits verlesen worden ist; wünscht jemand das Wort? -

Wenn nicht, so ersuche ich alle jene Herren, die dem Punkte 2 der Anträge des Landesausschusses ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Wir kommen nun zum 3. Gegenstand unserer Tagesordnung, d. i. ein Bericht des Landesausschusses betreffend die Wiederherstellung der durch das Hochwasser beschädigten Montafoner-Bahn.

Berichterstatter in dieser Angelegenheit ist der Herr Abgeordnete Thurnher; ich ersuche ihn, das Wort zu ergreifen.

Thurnher: Die Montafoner-Bahn ist durch die vorjährige Wasserkatastrophe zum Schmerzenskinde des Landes, besonders aber des Tales Montafon geworden. Früher glaubte man, mit Recht annehmen zu können, daß die Wiederherstellung der zerstörten Bahn mit der Zusicherung des Eisenbahnministers Wrba nicht lange werde auf sich warten lassen; diese Hoffnung ging nun infolge der Haltung des Finanzministeriums nicht in Erfüllung. Es bedurfte der allergrößten Anstrengung, die Angelegenheit dar endlichen Regelung zuzuführen.

Exzellenz Wrba hatte bekanntlich bei feiner vorjährigen Anwesenheit im Lande mir und meinen Nachbarn, dem Herrn Abgeordneten Fink,

gegenüber seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, 3/4 der Wiederherstellungskosten auf den Staat zu übernehmen; das übrige Viertel aber sollte das Land übernehmen. Das Finanzministerium ging darauf nicht ein, sondern stellte hinsichtlich der Beteiligung des Staates an der Wiederherstellung der Bahn zwei ganz unannehmbare Bedingungen, nämlich die Herabsetzung des Zinsfußes der im Besitze des Standes befindlichen Prioritätsaktien und der Nichtanrechnung der Stammaktien bei einer eventuell später zu erfolgenden Einlösung der Bahn. Nach vielen Bemühungen und erst infolge der Intervention Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten selbst gelang es endlich, die Angelegenheit zu einem halbwegs befriedigenden Abschlüsse zu bringen; wir hätten freilich angesichts der finanziellen Lage des Standes und der Notlage des Tales Montafon eine etwas höhere finanzielle Mitwirkung des Staates zur Wiederherstellung der Bahn gewünscht.

Es war aber nicht mehr zu erreichen als dasjenige, was sie aus dem Berichte ersehen können. Nur dies haben wir erreicht, daß der Finanzminister seine Bedingungen nun fallen ließ und der Staat ein Drittel der Kosten bis zum Höchstausmaße von 125.000 K übernimmt. Seit mehr als einem Monate wird nun mit aller

### 3. Sitzung des Vorarlberger Landtages. III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

Kraft an der vollständigen Wiederherstellung der Bahn gearbeitet und man hofft die Wiederaufnahme des Gesamtbetriebes int Laufe des nächsten Monats zu bewerkstelligen. Ich ersuche nun das hohe Haus um Annahme des Antrages des Landesausschusses, der da lautet:

Der hohe Landtag wolle unter Außerkraftsetzung des Beschlusses vom 12. Oktober v. J. beschließen wie folgt:

"Das Land Vorarlberg übernimmt ein Drittel der erwachsenden Kosten der Wiederherstellung der durch die Hochwasserkatastrophe beschädigten Montafonerbahn bis zum Höchst betrage von 125.000 K gegen Refundierung in neu auszugebenden gesellschaftlichen Stammaktien II. Emission im gleich hohen Nominalbeträge im Sinne des Erlasses des k. k. Eisenbahnministeriums vom 26. Mai d. J., Z. 1 4.0 2 3/1 a unter der Voraussetzung, daß die



Sicherstellung des nach Abrechnung des Staats- und Landesbeitrages verbleibenden Restbetrages durch den Stand Montafon beziehungsweise durch die Aktiengesellschaft erfolge."

Landeshauptmann: Eröffne über Bericht und Antrag die Debatte; wünscht jemand das Wort? Wenn sich niemand meldet, schreiten wir zur Abstimmung Und ich ersuche alle jene .Herren, die diesem Antrage des Landesausschusses ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Somit wäre dieser Gegenstand erledigt; wir kommen nun zum Bericht des Landesausschusses über den Gesetzentwurf betreffend die Regulierung und Verdauung des Rickenbach und der Schwarzach.

Berichterstatter in dieser Angelegenheit ist der Herr Abgeordnete Jodok Fink; ich ersuche ihn, das Wort zu ergreifen.

Jodok Fink: Hohes Haus! Auch dieser Gegenstand betrifft eine Angelegenheit, die schon sehr lange in Verhandlung steht. Ursprünglich wurde

ein Projekt von einem jungen Techniker unter Anleitung der Rheinbauleitung ausgenommen und damals wurde auch ein Kostenvoranschlag gemacht, von ungefähr 75.000 K. Es wurde dann aber konstatiert durch verschiedene Veränderungen, daß nicht bloß eine Regulierung dieses Baches erfolgen müsse, sondern daß auch dafür gesorgt werden müsse, daß das Geschiebe abgelagert werde, bevor es in die Dornbirner Ache kommt, weil sonst die unteren Gemeinden Einspruch erhoben hätten, wenn keine Geschiebeablagerungsplätze erstellt worden wären, die eine Erhöhung des Kostenvoranschlages mit sich brachten. So standen wir im Jahre 1910 einem Kostenvoranschlage von 90.000 K gegenüber, zu dem das Landesbauamt erklärte, daß es mit Rücksicht auf die höheren Löhne, auf die höheren Preise der Materialien, eine Erhöhung von 50% vornehmen müsse, so daß wir schon letztes Jahr auf

148.000 K gekommen sind. Das k. k. Ackerbauministerium hat für das vorjährige Projekt eine Veränderung verlangt, ferner daß höhere Beträge eingesetzt werden für Regiekosten und für Unvorhergesehenes; es haben dann neue Verhandlungen stattgefunden an Ort und Stelle, wo auch Vertreter des k. k. Ackerbauministeriums, die Herren Hofräte Teutsch und Markus, die Angelegenheit besichtigt haben; und so ist man nach und nach

zur Erhöhung des Kostenerfordernisses bis auf einen Betrag von 322.000 K gekommen. Es hat nun zur Zeit, wo der vorliegende Bericht verfaßt wurde - es war im Mai 1911 - der Landesausschuß der Regierung einen Gesetzentwurf unterbreitet mit dem Ersuchen um Genehmigung, welcher diesen Kostenaufwand beinhaltet. Zur Zeit der Verfassung dieses Berichtes war die Antwort der hohen Regierung noch nicht herabgelangt, was aber nun mittlerweile geschehen ist und ich erlaube mir nun, dies dem hohen Hause bekannt zu geben; das k. k. Ackerbauministerium sagt:

Das mit der dortigen Note vom 11. Mai 1911, Z. 1050, im Wege der k. k. Statthalterei in Innsbruck anher geleitete Projekt für die Regulierung der Schwarzach und des Rickenbaches erscheint nunmehr in technischer Beziehung einwandfrei und wird auch gegen die Voranschlagsziffer per 322,600 K kein Einwand erhoben.

Das Ackerbauministerium erklärt sich im Einvernehmen mit dem Finanzminister für den Fall

2. Sitzung des Vorarlberger Landtages. III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

19

der bereits in Aussicht genommenen landesgesetzlichen Regelung des Unternehmens nach dem Gesetze vom 4. Jänner 1309, R. G. Bl. Nr. 4, vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Genehmigung bereit, zu den Kosten des Unternehmens gemäß § 7, al. 2, lit. a, des zitierten Gesetzes einen 50%-Beitrag im Höchstbetrage von 161.300 IC aus dem Meliorationsfonds zu gewähren.

Gegen den gleichzeitig vorgelegten bezüglichen Gesetzentwurf wird kein Anstand erhoben, sofern die in dem rückfolgenden Exemplare mit roter Tinte ersichtlich gemachten Abänderungen vorgenommen werden.

Was hier dem hohen Hause vorgedruckt liegt, ist in diesem Sinne abgeändert worden, wie es das Ministerium verlangt hat. Es heißt dann weiter:

Mit der Durchführung der im Projekte vorgesehenen Verbauungsarbeiten durch die Wildbachverbauungssektion Innsbruck erklärt sich das Ackerbauministerium einverstanden und wird die Sektion unter einem entsprechend beauftragt.

Wir sehen daraus, daß das Ackerbauministerium die Sache in sehr zuvorkommender Weise nun rasch erledigt hat, sodaß sie noch in dieser kurzen Session behandelt und erledigt werden

kann. Ich glaube, daß wir besonders den Herren Hosräten Teutsch und Markus des k. k. Ackerbauministeriums sehr zum Danke verpflichtet sind.

Es sind hier auch die beiden Gesetze zitiert, welche wir früher schon beschlossen haben und fernem, daß möglichst rasch die Angelegenheit der Allerhöchsten Sanktion zugeführt werde.

Es ist noch ein Umstand, auf den ich hinweisen könnte, nämlich als wir verhandelt haben mit dem Ministerium zur Behebung der Schäden und als immer wieder neue Anregungen gekommen sind, daß da und dort mehr Geld erforderlich sei. so hat es eine Zeit lang den Anschein gehabt, als ob dies der Regierung fast zu viel würde Und man hat gesagt, es müßten einige Beamte ins Land gesandt werden, zur Konstatierung, ob nicht mehr verlangt werde, als wirklich erforderlich wäre. Es sind dann diese beiden genannten Herren entsendet worden und das Resultat war nicht so, wie das Ministerium erwartet hatte, daß man den Voranschlag reduziere, sondern daß die Herren in dieser Angelegenheit, die jetzt in Verhandlung steht, erklärten, daß diese Verdauungen höher kommen

und sehr notwendig sind und daß sie alles getan haben, um unsere Verbauungsaktionen möglichst zu fördern. Ebenso hat fast zu gleicher Zeit auf telegraphischem Wege auch das Finanzministerium durch den Sektionschef Engel die Zustimmung erteilt und ich glaube daher, wir sind diesem Herrn großen Dank schuldig.

Im Anschlusse daran möchte ich den Antrag stellen im Namen des Landesausschusses:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

"1. Dem beiliegenden Gesetzentwurfe betreffend die Regulierung der Schwarzach und des Rickenbaches wird die Zustimmung erteilt.

2. Der Landesausschuß wird ermächtigt, entweder aus eigener Initiative oder über Verlangen der Regierung vor Er Wirkung der Allerhöchsten kaiserlichen Sanktion solche Textes Änderungen beschlußweise mit der Regierung zu vereinbaren und vorzunehmen, die weder grundsätzliche Bestimmungen des Gesetzentwurfes tangieren noch neue derartige Bestimmungen enthalten.

Landeshauptmann: Ich eröffne über Bericht und Gesetzentwurf die Generaldebatte; wer

wünscht das Wort? - Wenn sich niemand zum Worte meldet, so schreiten wir zur Spezialdebatte und ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die einzelnen §§ anzurufen.

Jodok Fink: § 1.

Landeshauptmann: § 1 ist angenommen.

Jodok Fink: § 2.

Landeshauptmann: § 2 ist angenommen.

Jodok Fink: § 3.

Landeshauptmann: § 3 ist angenommen.

Jodok Fink: § 4.

Landeshauptmann: § 4 ist angenommen.

2. Sitzung des Vorarlberger Landtages. III. (außerordentliche) Session der 10. Periode 1910.

Jodok Fink: § 5.

Landeshauptmann: § 5 ist angenommen.

Jodok Fink: § 6.

Landeshauptmann: § 6 ist angenommen.

Jodok Fink: § 7.

Landeshauptmann: § 7 ist angenommen.

Jodok Fink: § 8.

Landeshauptmann: § 8 ist angenommen.

Jodok Fink: (Liest Titel und Eingang des Gesetzentwurfes.)

Landeshauptmann: Wird gegen Titel und Eingang des Gesetzentwurfes eine Einwendung gemacht? -

Wenn dies nicht der Fall ist, W erkläre ich dieselben als angenommen.

Jodok Fink: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung des Gesetzentwurfes.

Landeshauptmann: Wird gegen den Antrag des Berichterstatters eine Einwendung erhoben? -

Wenn nicht, so schreiten wir zur Abstimmung und ich ersuche alle jene Herren, die dem Gesetzentwürfe, wie er aus der zweiten Lesung hervorgegangen ist, auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Wir haben noch Punkt 2 des Antrages zur Abstimmung zu bringen; wünscht jemand das Wort hiezu?

Wenn dies nicht der Fall ist, so betrachte ich ihn als angenommen.

Damit wäre die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt und wir haben noch einen Gegenstand in vertraulicher Sitzung in Verhandlung zu ziehen. Möchte dann noch die Tagesordnung der morgigen Schlußsitzung dieser kurzen Tagung des Landtages bekanntgeben und welche Sitzung ich auf 9 Uhr vormittags anberaume, weil mehrere Herren rechtzeitig nach Hause kommen möchten.

1. Mündlicher Bericht des Landesausschusses in Sachen des Beitrittes des Landes zu der zu gründenden österreichischen Hausindustrie, Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

2. Mündlicher Bericht des Landesausschusses in betreff Schaffung einer Oberingenieurs Stelle und Ausschreibung derselben, sowie der Stelle eines Landeskulturingenieurs.

Mündlicher Bericht des Landwirtschaftlichen Ausschusses über den Gesetzentwurf betreffend die Errichtung eines Landeskulturrates.

4. Mündlicher Bericht des Landesausschusses über den Gesetzentwurf betreffend die Regulierung des Koblacher - Kanales in seinem Oberlaufe.

Die öffentliche Sitzung ist geschlossen.

(Schluß 12 Uhr 45 Minuten nachmittags.)

In der vertraulichen Sitzung faßte das hohe Haus folgenden Beschluß:

"Dem Pensionsgesuche des Landrates Johann Kaspar Ritter von Ratz wird Folge gegeben, demselben in Anbetracht seiner mehr als fünfzigjährigen ununterbrochen geleisteten Dienste) seiner seltenen Pflichttreue, die er durch diese lange Zeit als Sekretär, Kassier und Verwalter aller

landschaftlichen Fonds bewiesen, für seine aufopferungsvolle,  
sein ganzes Leben im Dienste des  
Landes stehende Tätigkeit der immerwährende  
Dank und die volle Anerkennung des Landes ausgesprochen  
und seine Pensionierung vom 1. Juli  
1911 an mit seinen gesamten bisherigen Bezügen  
ausgesprochen und somit der Pensionsbetrag mit  
6000 K pro Jahr festgesetzt."

Druck von J. N. Teutsch in Bregenz.

# Borarlberger Landtag.

## 2. Sitzung

am 27. Juni 1911

unter dem Vorſitze des Herrn Landeshauptmannes Adolf Rhomberg.

Gegenwärtig 25 Abgeordnete. — Abweſend: Der Hochwft. Biſchof Dr. Egger.

Regierungsvertreter:

Herr k. k. Statthaltereirat Dr. Rudolf Graf von Meran.

Beginn der Sitzung um 10 Uhr 40 Minuten vormittags.

**Landeshauptmann:** Ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet und erſuche um Verleſung des Protokolls der geſtrigen Eröffnungsſitzung. (Sekretär lieſt.)

Wird zur Faſſung des ſoeben verleſenen Protokolls eine Einwendung vorgebracht? — Wenn dies nicht der Fall iſt, ſo betrachte ich daſſelbe für angenommen.

Ich habe noch mitzuteilen, daß bei der geſtrigen Wahl eines landwirthſchaftlichen Ausſchuſſes gewählt wurden die Herren Abgeordneten Jodoſ Fink, Dekan Barnabas Fink, Alois Dietrich, Wendelin Nachbaur und Dr. Ferdinand Rinz, zu Erſatzmännern die Herren Franz Joſef Schreiber und Joſef Anton Willi. Der Ausſchuß hat ſich nachmittags konſtituiert und zu ſeinem Obmann den Herrn Abgeordneten Dekan Barnabas Fink gewählt. Das wollte ich noch ihnen mitteilen.

Wir gehen nun zur Tagesordnung über. Auf derſelben ſteht als erſter Gegenſtand die Fortſetzung der Verhandlung über Punkt

2 der Beilagen 1 und 2 (Darlehensaufnahme) und 3. Leſung beider Geſetzentwürfe.

Wir haben dieſe Angelegenheit geſtern bis auf Punkt 2 und die 3. Leſung erledigt und ich möchte die Verhandlung über Punkt 2 und über die beiden Anträge, die mit Ausnahme der Ziffern gleichlauten, eröffnen und ich erſuche den Herrn Berichtſtatter, vielleicht beide Anträge nochmals zu verleſen.

**Thurnher:** Ich glaube, man könnte doch beide Anträge getrennt behandeln, damit nach Annahme oder vielmehr nach der Beſchlußfaſſung über den Punkt 2 der jeweiligen Anträge auch die Vornahme der 3. Leſung des bezüglichlichen Geſetzentwurfes erfolgen könnte. Es iſt geſtern die endgültige Beſchlußfaſſung über Punkt 2 der Anträge zum Motivenbericht (Beilage 1) verſchoben worden und nun haben wir heute weiter darüber zu beraten und zu beſchließen. Ich finde keinen

Anlaß, irgend welche Aenderungen an dem Vorschläge des Landesausschusses diesbezüglich zu befürworten, sondern ich möchte an das hohe Haus die Bitte richten, Punkt 2 der Anträge, wie der Landesausschuß diesen vorgelegt hat, unverändert anzunehmen. (Liest Bericht und Anträge aus Beilage 1.)

Es wird da dem Landesausschusse eine weitgehende Ermächtigung erteilt, so daß es ihm ganz unbenommen bleibt, wenn er es für gut finden würde, in anderer Weise diese Darlehensaufnahme zu besorgen, als es z. B. das letztmal geschahen ist. Ich empfehle also dem hohen Hause die unveränderte Annahme des gestern vorgelegten Antrages und erwüchte auch bezüglich des 2. Gesetzeswurfes, betreffend die Behebung der Wasserschäden, um die Annahme des in Beilage 2 gedruckten Antrages, der abgesehen von der Ziffer den gleichen Inhalt hat wie beim anderen Gesetzentwurfe, der verlesen worden ist.

**Landeshauptmann:** Wünscht also zu diesen beiden Anträgen jemand das Wort? — Der Herr Abgeordnete Dz.

**Dz:** Hohes Haus! Ich war das letztmal vom Landesausschusse delegiert, die Verhandlungen wegen der Aufnahme der Darlehen, die wir voriges Jahr beschlossen haben, zu führen. Sie wissen, daß wir das letztmal beschlossen haben, zur Regulierung von Bächen und Flüssen eine Summe von K 1,811.000 aufzunehmen. Von dieser Summe haben zur Behebung der Schäden an Straßen und Brücken auf den Staat 50%, das sind 905.500 K zu entfallen, auf das Land 30%, das sind 543.300 K, auf die beteiligten Gemeinden und Interessenten 20%, das sind 362.000 K. Nach dem Gesetze für Straßen- und Brückenbauten wurde eine Summe von 1,381.000 K nötig, von der der Staat 50% trägt, das sind 690.500 K, das Land 30%, das sind 414.300 K, die Gemeinden und Interessenten 276.200 K. Es ist in beiden Gesetzen vorgesorgt worden, daß allenfalls das Land für beide Faktoren, auch sowohl für den Stadt als auch die Gemeinden, Darlehen aufnehmen könne; die Gemeinden aber haben erklärt, daß sie dies für sich selbst machen; dagegen hat nun der Staat gesagt, er sei nicht im Stande, diese großen Beiträge zu zahlen, und das

Land solle die Anleihe auch für den Staat aufnehmen. Nun haben wir dann für Staat und Land zusammen 1,448.800 K aufzunehmen gehabt. Wir sind in engster Fühlung gestanden mit dem Finanzministerium bezüglich der Aufnahmen und haben mit dessen Einverständnis mit fünf Banken Verhandlungen gepflogen, auch mit Banken im eigenen Lande. Da sind nun Offerte eingegangen von der Sparkasse in Dornbirn; dann haben wir bei zwei Wiener Banken, die solche Darlehen besorgen, Erkundigung eingezogen und schließlich, nachdem auch eine Offerte von der Zentralbank der deutschen Sparkassen in Prag vorgelegen ist, haben wir dem Finanzministerium das Ganze vorgelegt. Dieses hat nun alle Offerte für ungültig und undurchführbar erklärt mit Ausnahme jenes der Zentralbank der deutschen Sparkassen in Prag.

Nachdem nun das Finanzministerium eine solche Stellung eingenommen hat, haben wir noch einmal mit der Zentralbank der deutschen Sparkassen in Prag verhandelt und diese ist uns, ich muß gestehen, sehr entgegen gekommen; sie hat die Wünsche, die das Finanzministerium geäußert hat, auch erfüllt. Die Sache ist nun so gemacht worden, daß wir ein 4½%iges Darlehen mit 3% Amortisation aufgenommen haben, welches wir in 21 Jahren zurückzahlen haben. Wie sie aber gestern gehört haben, kommen wir leider mit diesem Betrage nicht aus. Es ist notwendig, noch einmal in Verhandlungen zu treten und wieder ein Darlehen aufzunehmen. Wir haben früher geglaubt, diese Regulierungen werden nach und nach gemacht; nun aber sind neuerdings zwei Gesetzentwürfe beschlossen worden, nach denen für dringend nötige Schutzbauten an Gewässern 2,271.000 K sowie an Straßen und Brücken 637.500 K erforderlich sind. Auf das Land entfallen für die Bauten an den Gewässern 681.300 K und an Straßen 191.250 K, sohin zusammen 872.550 K. Das Land hat aber zudem noch die Staatsbeiträge von 1,135.500 K und 318.750 K, somit zusammen 1,454.250 K nach einer getroffenen Vereinbarung aufzunehmen, im ganzen also 2,326.800 K. Der Staat hat nach dieser getroffenen Vereinbarung sich auf den Standpunkt gestellt, daß wiederum ein Darlehen aufgenommen werden solle, wie das letztmal unter vielleicht günstigeren Bedingungen; die



Zeit bleibe dieselbe, sodaß wir also innerhalb 21 Jahren das Darlehen zurückzahlen müssen.

Wie sie begreifen werden, hat das Legimental, als wir uns an das Bankinstitut gewendet haben, dieses von uns verlangt, wir möchten über die Landesfinanzen Aufschluß geben; dieses ist geschehen und zwar waren wir in der Lage, dies in guter Form tun zu können. Das Land Vorarlberg steht bekanntlich nicht in Schuhen wie andere Länder, die immer von Sanierung schlechter Finanzen sprechen, weil wir immer die Steuern entsprechend den Ausgaben gerichtet haben. Ich habe nun für das Bankinstitut ein Referat gemacht, und der Landesauschuß hat es fortgeschickt und es ist vom Bankinstitute mit Befriedigung zur Kenntnis genommen worden.

Nun soll aber neuerdings dies gemacht werden. Da sind mir nun doch sonderbare Gedanken aufgestiegen. Es soll nämlich nach einem im Verlage des deutschfreisinnigen Wahlausschusses in Regenz in den letzten Tagen erschienenen Flugblatte die Finanzwirtschaft des Landes eine unglückliche, eine schauerhafte sein, der Landtag schaffe neue Steuern, mache neue Schulden, erhöhe die Umlagen auf das zwei- und dreifache, kurz und gut, die Finanzwirtschaft des Landes sei eine schauerhafte, es herrsche Korruption.

Damit nun der hier versammelte Landtag hört, welche schreckliche Wirtschaft die christlichsoziale Majorität führt, so würde ich mir erlauben, wenn der Herr Landeshauptmann nichts dagegen hat, einige der markantesten Stellen vorzulesen; es ist in demselben zuerst von den Finanzverhältnissen Niederösterreichs und Tirols die Rede, dann heißt es da wörtlich:

In unserem schwarzen Musterlande liegt die **unglückliche Finanzwirtschaft** der herrschenden Partei klar zu Tage. Die größte Leistung unseres klerikalen Landtages besteht darin, daß er trotz der allgemeinen Teuerung die Steuer-schraube ganz wahnsinnig angezogen hat. Der Voranschlag für das Jahr 1908 erforderte einen Aufwand von 454 000 Kronen, das Erfordernis des Landes für das Jahr 1909 war bereits auf über 802 000 Kronen gestiegen und der Voranschlag für 1911 weist ein Erfordernis von 1 053 000 Kronen auf.

Die Einnahmen des Landes Vorarlberg sind somit seit dem Jahre 1908 um 130 % ge-

stiegen; in kurzer Zeit werden sich die Erfordernisse des Landes im Vergleiche zum Jahre 1908 verdreifacht haben.

Am Schlusse heißt es dann noch, es herrsche Korruption, es sei eine unglückliche Wirtschaft und man wolle sich nicht länger und weiter von der christlichsozialen Partei mit Lug und Trug abspießen lassen. Nun werden sie mir zugeben, daß dann, wenn die Finanzwirtschaft tatsächlich eine solche ist, wir schwer Geld bekommen werden; man wird sagen, wenn sich die Verhältnisse so geändert haben, so hat der Landesauschuß nicht die Wahrheit gesagt und man wird sich anschauen, ob man uns Geld gibt. Wir müssen aber auch für den Staat Geld aufbringen, wir brauchen also einen größeren Kredit; dies ist in dieser Frage auch mit in Betracht zu ziehen. Ich muß gestehen, meine Herren, ich möchte den Herrn, der dem Wahlauftrage, der beim Herrn Acherer gedruckt wurde, sicher nahe steht, besonders den Herrn Bürgermeister Dr. Kinz ersuchen, die Belange mitzuteilen, nach welchen die Finanzwirtschaft des Landes Vorarlberg eine so unglückliche, eine so schauerhaft traurige ist.

**Landeshauptmann:** Wer wünscht weiter das Wort? Herr Abgeordneter Dz.

**Dz:** Da Herr Dr. Kinz schweigt, (Zwischenruf: Feigling! Da schweigt er; das ist bezeichnend!) so werde ich noch etwas sagen.

Meine Herren, erlauben Sie mir noch, jetzt über die Finanzlage des Landes ein Bild zu unterbreiten.

Im Jahre 1870 hat der Vorarlberger Landtag, beziehungsweise die damalige christlichsozial-konservative Partei die Regierung des Landes übernommen. Die damaligen Finanzen waren keine ungeordnete, aber nichtsdestoweniger mußte damals der Landtag die Schuld der Landesirrenanstalt im Betrage von 600.000 K übernehmen. Damals hat man noch gemeint, man hätte sie nicht bauen sollen, aber heute würden wir einen anderen Standpunkt einnehmen; denn wir sehen, daß man diese Anstalt bauen mußte und wir noch einmal dazu kommen, diese Sache der Zeit entsprechend einzurichten.

Wir hatten bis zum Jahre 1899 im Lande nur 26% Zuschläge zu der Erwerb-, Grund- und

Rentensteuer und 12% zur Hauszinssteuer. Bei diesen niederen Steuern war es, obwohl das Landesbudget von 72.000 K im Jahre 1872 auf 155.000 K im Jahre 1899 angewachsen ist, bei der klugen Sparsamkeit möglich, die laufenden Auslagen zu bestreiten und die Schulden nach und nach abzutragen, wie der Herr Landeshauptmann gestern bemerkt hat. Im Jahre 1899 wurde das ganze veraltete Gesetz über die Bezüge der Lehrer abgeändert, aber nur ein kleiner Teil der höheren Bezüge auf das Land übernommen. In demselben Jahre wurde auch das Straßenbauprogramm für die verschiedenen Straßenzüge im Montafon, Bregenzerwald, Vorder- und Unterland beschlossen; es hatte das Land durch 15 Jahre jährlich rund 45.000 K zu zahlen. Das Mehrerfordernis an Schulauslagen betrug rund 90.000 K. Hat nun der Landtag sich mit Schuldenmachen aeholfen, wie es etwa ein schlechter Finanzpolitiker gemacht hätte? Nein! Der Landtag hat den Mut gehabt, die Steuern zu erhöhen und zwar die Erwerb-, Grund- und Rentensteuer von 26% auf 40% und die Hauszinssteuer von 12% auf 20% laut Beschluß der X. Sitzung am 19. April 1900.

Bis zum Jahre 1905 fand das Land trotz der Mehransprüche und der Zahlung der Subvention für die Bregenzerwaldbahn von 266.000 K und trotz der Zahlung von 90.000 K zur Dornbirnerbahn das Auskommen. Das große Erfordernis wegen des Hochwassers vom Jahre 1901 trat dann im Budget des Jahres 1904 in Erscheinung, weshalb Mehrauslagen gemacht wurden und daher für Mehreinnahmen gesorgt werden mußte. Man mußte dann aber auch noch den Emmebach, den Rabach, die Frug und den Klausbach regulieren und bei all diesen Umständen war es selbstverständlich, daß man hierzu auch Geld brauchte; sie können dies am besten aus folgenden Zahlen sehen: Es stieg die Post „Beiträge zu Straßen-, Bahn- und Wasserbauten“ von 1903 mit 135.000 K auf 218.000 K im Jahre 1904.

Da war es nun selbstverständlich, daß das Auskommen mit den bisherigen Einnahmen und Prozenten nicht mehr zu finden war. Was nun tun? Hätten wir Schulden machen sollen? Man hat zuerst in Aussicht gehabt, vorläufig eine schwebende Schuld von 100.000 K aufzunehmen;

dieses unterblieb aber; wohl aber haben wir unterhandelt und auch in diesem hohen Hause ist es nicht einstimmig hergegangen, sondern man hat gesagt: Machen wir keine neuen Schulden, denn man weiß nie, was komme, sondern erhöhen wir die Steuern um mäßige 5%, dies kann alles ertragen. Wir haben dann die Erwerb-, Grund- und Rentensteuer auf 45% erhöht und die Hauszinssteuer auf 25%. Ich bitte aber, meine Herren, es ist erlogen, wenn man sagt, wir hätten diese Steuern erhöht; diese Steuern haben wir noch, dieselben Prozente gelten heute noch. Mit dieser Erhöhung haben wir das Auskommen gefunden, daß wir geordnete Landesverhältnisse gehabt haben. In der Tagung im Monat April des Jahres 1908 hat der Landtag zwei schwere Fragen zu lösen unternommen. Die Lehrer wollten eine der Zeit entsprechende Regulierung ihrer Bezüge. Dann sollte eine II. Serie der Wildbachverbauung beschlossen werden, sollen nicht die bisherigen Regulierungen Schaden leiden und das Geld umsonst ausgegeben sein. Allgemein war man der Anschauung, der größere Teil der Erhöhung der Lehrergehalte sollte auf das Land übernommen und nicht den Gemeinden aufgebürdet werden. Tatsächlich schloß man sich einstimmig im Landtage, ich sage einstimmig, der Annahme an. Herr Dr. Ring, Sie sind auch dabei gewesen, Sie haben damals sogar erklärt, sie seien deshalb dafür, weil das Land Vorarlberg zu jenen Ländern gehöre, die in Bezug auf die Lehrergehalte zu den rückständigsten Ländern der Monarchie gehören. Nach Bericht des Schulausschusses gab es für das Land nun ein Mehrerfordernis von 315.000 K, welches bis jetzt auf 400.000 K gestiegen ist. Der Wildbachverbauungsvoranschlag vom Jahre 1908 beziffert sich auf 484.087 K, während das Rechnungserfordernis schon 515.319 Kronen betrug. Der Voranschlag vom Jahre 1909 mußte infolge des Mehrerfordernisses für die Lehrergehalte mit 315.000 K und für Wildbachverbauungen mit 22.500 K, ohne weitere Bedürfnisse in Rechnung zu ziehen, sich um 337.500 Kronen erhöhen. Es war also ein Erfordernis zu präliminieren und zwar für das Jahr 1909 im Betrage von 802.000 K, für das Jahr 1910 von 796.000 K und für das Jahr 1911 mit 833.000 K.

Ich frage nun, hat der Landtag da eine unglückliche Finanzwirtschaft geführt nach Meinung der deutschfreisinnigen Herren, — ich will sie hier nicht weiter nennen, es sind beide Herren hier in der Mitte, — damals als er dafür Sorge trug, daß das Mehrerfordernis gedeckt werde? Hat er also eine schlechte Finanzwirtschaft geführt, als er beschlossen hat, eine Bier- und Weinsteuern einzuführen? Ich meine nicht. Ich glaube, da hat er gut getan, daß er dafür gesorgt hat, statt Schulden zu machen, Einnahmen dafür zu bekommen; und da hat er das Geld dort genommen, wo man es mehr oder weniger freiwillig zahlen kann; es muß einer kein Bier trinken, wenn er nicht will.

Hohes Haus! So war die Finanzlage im Jahre 1910; sie war vollkommen geordnet und ist es heute noch. Das Land Vorarlberg wurde zwar im Vorjahre von einem großen Unglücke heimgesucht und es erfordert die Behebung desselben Millionen und Millionen. Es bedarf, um die Straßen, Brücken und Wasserchugbauten wiederherzustellen, eine Summe von rund 6 Millionen Kronen, von denen der Staat 3 Millionen, das Land 1.8 Millionen und die Gemeinden 1.2 Millionen aufzubringen haben. Was hat nun angesichts dieser großen kommenden Verpflichtungen die christlichsoziale Majorität des Landtages getan? Hat diese, Herr Dr. Rinz, als schlechte Finanzverwalterin bloß mitgejamert oder hat dieselbe Vorproge getroffen für die Zukunft, damit die Landesfinanzen geordnet bleiben können? Die christlichsoziale Majorität hat wie ein guter Finanzmann Vorproge getroffen und hat die Biersteuer, die der Staat ohnehin einfackeln möchte, um 2 K per hl erhöht, was uns eine Mehreinnahme von rund 200.000 Kronen bringt. Damals mochte man sich sagen, man hätte warten sollen, man hat ja Ueberfluß. Meine Herren! Wir sind keine so kurzlichtige Finanzpolitiker, keine traurigen Finanzpolitiker, sondern wir haben vorausgesehen, was uns dieses Landesunglück bringen wird. Deshalb haben wir beschlossen, für das Jahr 1911 schon für eine außergewöhnliche Einnahme zu sorgen zur Behebung des Unglückes und wir haben wohl getan. Wir werden dieses Gesetz heute noch beschließen müssen, da wir ein großes Erfordernis brauchen. Wir brauchen für die Montafonerbahn allein

128.000 K, denn sie werden zugeben müssen, daß wir nicht jagen können, wir wollen die Bahn nicht mehr weiter bauen; wir müssen doch helfen. Dann kommt dazu die Rate für das Darlehen mit 36.000 K, dann ein Betrag von 30.000 K für den Rickenbach. Wir hätten also Schulden machen müssen, wenn der Landesauschuß nicht vorgeforgt hätte. Kurz und gut, wir haben heute schon die erste Rate für das erste Darlehen zu zahlen und nun möchte ich wissen, wie wir das machen würden, wenn wir nicht so vorsichtig gewesen wären und rechtzeitig für Mehreinnahmen gesorgt hätten. Wir haben vorgeforgt, daß die Finanzen auch in Zukunft in Ordnung bleiben können. Wir haben gestern zwei Gesetzeswürfe beschossen, im Vorjahre auch zwei; nach diesen hat das Land für sich eine Schuld zu machen im Betrage von 1,829.000 K, die in 21 Jahren abzuzahlen ist. Das ist immerhin noch etwas erträglich, wenn man vergleicht, daß unter den Freisinnigen die Stadt Feldkirch eine Schuld aufgenommen hat im Betrage von 4,000.000 K. Wir haben von dieser Schuld jährlich 136.200 K an Zinsen und Amortisation zu zahlen. Dann haben wir ja noch etwas Geld übrig. Nun aber haben sie gestern gehört, wie die Vertreter der einzelnen Bezirke dringende Wünsche haben. Sie haben gehört, daß der Herr Referent damals, Herr Abgeordneter Thurnher, es anerkannt hat, daß noch einmal einzelne ähnliche Gesetze geschaffen werden müssen, daß wir noch einmal eine Notstandsaktion einleiten müssen; dazu werden wir aber Geld brauchen. Es wird jetzt schon der Landesauschuß völlig genutzüchtigt von den Gemeinden, daß er immer Geld geben muß; dieses muß man aber irgend woher nehmen, denn es sind zu viele solcher Wünsche. Wir sind aber infolge davon, daß wir voriges Jahr die Biersteuer erhöht und Vorproge getroffen haben, in der Lage, auch fernerhin Wünschen gerecht zu werden. Wir werden auch — weil gerade der Herr Vertreter der Stadt Feldkirch auf mich schaut — auch die Illschlucht regulieren, denn dieses ist auch ein dringendes Bedürfnis, damit die Gefahren abgelenkt werden. Es sind zwar dazu auch schwere Gelder erforderlich, aber wir stehen auf dem Standpunkt, nach und nach werden wir dies machen können und wir hoffen, ohne daß wir weitere Schulden machen müssen. Wir werden

es machen müssen, wie es ein vorsichtiger Geschäftsmann macht, nämlich so, daß wir die Schäden nach und nach beheben. Ich sage, jener, der angeichts dieser Tatsache, wie es das deutsch-freieiliche Flugblatt getan hat, von einer unglücklichen Finanzwirtschaft, von Korruption reden kann, ist einfach ein unehrlicher Mensch. Die Unehrlichkeit kommt aber erst recht zum Ausdruck, wenn der Bericht gemacht wird, unter Aufzählung einzelner Zahlen, die man zum Teile künstlich aussuchen mußte, die Finanzlage des Landes als schlechte zu bezeichnen. In diesem Flugblatte heißt es zum Beispiel: „Die allerorts schauerhafte Finanzwirtschaft der Klerikalen“: „Die Finanzwirtschaft Vorarlbergs ist eine unglückliche. Die Steuerschraube wird, trotz der Teuerung wahnsinnig angezogen. Der Voranschlag von 1908 erforderte einen Aufwand von 454.000 K., das Erfordernis für das Jahr 1909 war bereits auf 802.000 K. gestiegen und der Voranschlag für 1911 weist ein Erfordernis von 1.053.000 K. auf.“

Nicht wahr! meine Herren, wenn das jemand liest und die Verhältnisse nicht kennt, so muß er zum Glauben kommen, es bestehe tatsächlich im Lande eine schauerhafte Finanzwirtschaft. Wenn z. B. ein Fremder dies liest oder ein Uneingeweihter, so muß er sich sagen, das ist ja schrecklich. Dies wollten aber die freisinnigen Wahlmacher, sie wollten dies erzielen, sie wollten die Finanzlage als eine schlechte darstellen und zwar zu dem Zwecke, um Glauben zu machen, man solle ja keinem Christlichsozialen eine Stimme geben. Dabei aber haben die Herrschaften verschwiegen, was Schuld an dieser Erhöhung des Budget ist; absichtlich haben sie es verschwiegen und darin liegt die Gemeinheit. Ganz gut wußten diese Herren, daß diese Erhöhung damals im Jahre 1908 erforderlich war wegen Regulierung der Lehrgelalte, welche 315.000 K. ausmachen, und wegen der dringenden Wildbachverbauungen im Betrage von 22.100 K. Es ist nun von selbst verständlich, daß die Ausgaben dadurch größer wurden, daß sie sich gesteigert haben; aber wenn man dies den Leuten erzählt und ihnen gesagt hätte, dann hätte jeder gesagt, das hat die Christlichsoziale Partei ausgezeichnet gemacht. Nun aber ist es

so dargestellt worden, als ob wir die größten Lumpen wären und das Geld, ich weiß nicht wohin, getan hätten. Ich frage sie, ist ein einerseits humanes und andererseits finanziell vorsichtiges Vorgehen schauerhaft schlecht, korrupt? Ich sage: Nein! Schauerhaft schlecht und korrupt ist das Vorgehen des freisinnigen Wahlausschusses, der solche frivole Beschuldigungen erhebt. Es ist übrigens bezeichnend, daß der Wahlwerber, für den diese Sache gemacht wurde und der heute durch Stillschweigen verleugnet, seinerzeit auch für diese Sache gestimmt hat; es ist sehr lezendend. Also wenn wir schon Sünder sind, so ist dies die allergrößte Sünde; denn wir vertrauen uns wenigstens zu sagen, was wir gemacht haben.

Aber dieses Hintersichtführen der Wähler ist gemacht worden zu dem Zwecke, um die Wahl ihres Kandidaten durchzuweisen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich doch noch etwas Kleines zur Erheerung beifügen, an was ich mich noch erinnere vom Jahre 1908. Damals hat sich der Herr Dr. Kinz mit dem Herrn Ertl, mit den Herrn Sozi, die seither seine ganzen Freunde, ich möchte sagen, Stuhlhalter geworden sind, im Lande herum begeben und dabei genaltig gedonnert: er sei für die Erhöhung der Lehrgelalte; hat dann aber gegen die Verzehrungssteuer gedonnert: dieses dürfe nicht sein, dies dürfe man nicht machen. Nun aber hat Herr Dr. Kinz interessanter Weise vergessen zu erklären, wie man es machen sollte. Nun Herrn Dr. Kinz ist aber damals vor der betreffenden Sitzung, wie es scheint, ein neuer Spiritus aufgegangen, hat zwar nicht geredet an demselben Tage, — Ertl saß auch oben und hat mit Argusaugen heruntergeschaut — wohl aber hat Herr Dr. Peer das Wort genommen und im Namen der Linken gesprochen, er werde für die Steuer stimmen, wonach Herr Dr. Kinz von den Sozi weggerückt ist und sie im Stiche gelassen hat. Hoffentlich wird es ihnen nicht wieder so ergehen, nachdem sie ihm jetzt den Stuhl gehalten haben.

Nun zum Schlusse muß ich Ihnen noch etwas sagen; es ist dies noch etwas unerschämter und schmählicher als was ich bis jetzt gesagt habe. Es ist zum Beweise der christlichen Finanzwirtschaft auch angeführt worden, daß

der Voranschlag für das Jahr 1911 entsprechend sei bis zum Betrage von 1,033.000 K. Nicht wahr, wenn jemand diese Zahlen in dem angegebenen Zusammenhange liest, so muß er sich denken, diese Christlichsozialen sind doch miserable Finanzpolitiker. In den Zeiten der Teuerung treten solche Erhöhungen beim Landesbudget ein: einen Christlichsozialen wähle ich nicht mehr. Tatsächlich, glaube ich, wird es auch dumme Auguste gegeben haben, die auf diesen plumpen, freisinnigen Schwindler herein gefallen sind. Worin besteht denn in diesen freisinnigen Schwindler? Er besteht darin, daß die Macher des Flugblattes zu dem in der Sitzung vom 10. Oktober 1910 genehmigten Voranschlage von 833.300 K., die für die zur Behebung der Wasserkatastrophe vorgesehene Einnahme der Biersteuer gut dazu zählte, um auf den hohen Betrag zu kommen. Die allzeit treuen, deutschen Brüder aber verschweigen, daß der Landtag schon für die dringend notwendige Behebung des Landesunglücks infolge der Hochwasserkatastrophe sich vorgesehen habe. Die Macher verschwiegen diese höchst wichtige voraussetzende finanzielle Maßnahme, trotzdem sie dieselbe kannten ja sie kennen mußten, nur um den Christlichsozialen eines anhängen zu können.

Hohes Haus! Sie werden in der Majorität mit mir daher übereinstimmen, wenn ich zum Schlusse sage: es ist schmähtlich und schändlich, ja es ist auf Volksbetrug abgesehen, wenn Leckergehaltsregulierungen, wenn dringend notwendige Wildbach-Verbauungsaktionen sowie ein Landesunglück herhalten muß, um die ganz geordnete Finanzwirtschaft eines Landes zu diskreditieren, damit der Freisinn mehr Stimmen bekommt. Ich gebe mich daher der Hoffnung hin, daß meine Darlegungen Klarheit in die Finanzwirtschaft des Landes gebracht haben und das Ansehen des Landes durch die gebrandmarkten Verteilungen bezüglich guter Finanzwirtschaft und dessen Kredit in keiner Weise Schaden erleide. Ich werde daher, wie bereits der Herr Berichterstatter betont hat, den Anträgen zustimmen. (Aushaltender Beifall im hohen Hause.)

**Landeshauptmann:** Wer wünscht weiter das Wort? Herr Dr. Kinz.

**Dr. Kinz:** Hohes Haus! Ich glaube, ich habe recht getan, wenn ich nicht sofort auf die Anfragen des Herrn Abgeordneten Dz geantwortet habe, denn dadurch ist mir das Berühmte geworden, eine im Konzept schon vorbereitete Rede in extenso zu hören. Der Herr Abgeordnete Dz stellt an mich die Frage, wie ich mich zu dem Wahlaufruf verhalte und verlangt Rede und Antwort für etwas, was ich nicht geschrieben und nicht gesprochen habe. Ich erkläre mich mit Vergnügen bereit, alles zu vertreten, was ich selbst geschrieben und in Versammlungen gesprochen habe. Er zieht los gegen den rüden Ton der Flugblätter und vergißt dabei ganz, daß gerade seine Partei diesem rüden Ton eingeführt hat (Zwischenruf: Das ist nicht wahr!), wie Sie durch Jahrzehnte gegen die Finanzwirtschaft der freisinnigen Gemeindevertretungen losgezogen und ich erinnere Sie daran, wie Sie immer bestrebt waren, den Kredit unserer Stadt herunterzusetzen, ich erinnere Sie daran, wie Sie seinerzeit dem verstorbenen, hochverdienten Bürgermeister Guter, die schwebende Schuld im Betrage von rund 110.000 K. vorwarfen in einer Weise, daß man im Lande herum sprach, er habe das Geld selbst eingesteckt. Sie sind ganz selbst schuld daran, wenn man ihnen mit jener Münze heimzahlt, die Sie selbst geprägt und seinerzeit in Umlauf gesetzt haben. Ich erkläre also nochmals, daß ich die volle Verantwortung übernehme für das, was ich selbst gesprochen und geschrieben habe und fühle mich nicht verpflichtet, das zu verantworten, was ich nicht selbst gesprochen und geschrieben habe. Im übrigen werde ich mir das Flugblatt näher ansehen (allgemeine Heiterkeit) und wenn ich finde, daß ich darauf etwas zu antworten habe, so werde ich Gelegenheit nehmen, vielleicht schon in der morgigen Sitzung, darüber zu sprechen.

**Landeshauptmann:** Wünscht noch jemand das Wort? —

Der Herr Abgeordnete Dz.

**Dz:** Ich möchte zum finanziellen Teil noch etwas sagen. Vorerst aber, Herr Bürgermeister, muß ich das entschieden zurückweisen, daß unsere Partei einen so rüden Ton angeschlagen hat, wie es hier in diesem Flugblatt der Fall ist. Da

würden wir uns schämen. Bitte, wenn wir die Gemeindevertretungen angegriffen haben, so wagten wir es nur dann, wenn etwas nicht in der Ordnung war und das war auch gerecht. Der Herr Dr. Beer von Feldkirch ist gewiß nicht unser Mann und Freund, sondern ich halte ihn für einen gefährlichen Gegner; er hat aber kein Wort darüber verloren und es etwa getadelt, daß Feldkirch, um verschiedene Sachen zu sanieren, eine schwebende Schuld von rund 4,000.000 Kronen aufgenommen hat. Es hat sich damals gehandelt um die Errichtung eines Gas- und Elektrizitätswerkes.

Das ist nicht vorgekommen. Sie sind nicht in der Lage, uns diesen Vorwurf zu beweisen. Nun haben sie gesagt, wir hätten eine schwebende Schuld hereingebracht, von der sie nichts wußten. Da hätten die Herren selbst aufklären sollen, sie selbst und hätten sagen sollen: mea culpa. Sie haben es bis heute noch nicht aufgeklärt. Wenn jemand uns angeißt — und ich spreche Sie, Herr Bürgermeister, nicht jeder Schuld frei, wenn auch Sie dieses Flugblatt nicht gemacht haben, so hat es doch ihr Parteisekretär gemacht — so geht es nicht an, daß man mit solchen Unwahrheiten den Kredit des Landes so schädigt. Wir haben niemandem im Lande bisher den Kredit genommen.

**Sandeshauptmann:** Wer wünscht noch weiter das Wort? — Der Herr Abgeordnete Zofer.

**Zofer:** Als der Vertreter der Stadt Bregenz, Herr Dr. Kinz, sich über die im deutschfreiheitlichen Wahlaufrufe erhobenen Verdächtigungen und Verleumdungen hätte äußern sollen, tat er dies mit den Worten: „Ich stehe nur für das ein, was ich selber geschrieben und gesprochen habe, was im Wahlaufrufe steht, geht mich eigentlich nichts an.“ Herr Dr. Kinz stellte sich dabei so, als ob er von den in dem famosen deutschfreiheitlichen Wahlaufrufe enthaltenen perfiden Verleumdungen nicht einmal Kenntnis gehabt hätte. Ich dachte mir dabei, daß Herr Bürgermeister Dr. Kinz offenbar sehr dem Grundsatze huldige, den unsere Gegner einmal einem viel größeren Bürgermeister andichteten, nämlich dem Grundsatz: „Lieber feig als dumm“. Sie dürfen uns, Herr Bürgermeister, nicht für so naiv halten

und uns zumuten, zu glauben, Sie hätten von dem lügenerischen Wahlaufruf, der in Bregenz von den Ihnen am nächsten stehenden Parteigenossen und zu Ihren Gunsten verfaßt wurde, keine Kenntnis gehabt. Ich und mit mir gewiß alle Mitglieder des hohen Hauses sind vollkommen überzeugt, daß Sie sehr wohl davon Kenntnis hatten. Und sollten Sie selbst bei der Verfassung des Aufrufes nicht dabei gewesen sein, so haben Sie ihn mindestens nachher gelesen und Sie hätten als Ehrenmann und als Mitglied der Landesvertretung die Pflicht gehabt, die lügenhafte Darstellung der Finanzlage des Landes sowie die gegen die Landesverwaltung erhobenen Verdächtigungen zurückzuweisen.

Herr Bürgermeister Dr. Kinz ist in seinem bürgerlichen Berufe Advokat, daher auch Verteidiger in Strafsachen. Ich muß aber gestehen, wenn ich im Leben einmal das Unglück haben sollte, ein größeres oder kleineres Verbrechen zu begehen, den Herrn Dr. Kinz würde ich nicht zu meinem Verteidiger wählen. (Dr. Kinz: ich verzichte darauf.) Denn wenn er mich so verteidigen würde, wie er heute sich und seine politischen Freunde verteidigt hat, wenn man seine Ausführungen überhaupt eine Verteidigung nennen darf, dann wäre mir das höchste Strafausmaß sicher. (Heiterkeit.)

Mein Herr Kollege Delz hat dargelegt, in welcher Weise über die Finanzlage des Landes gelogen und wie die Landesverwaltung verdächtigt wurde. Ich will mich mit diesem ausführlich behandelten Thema nicht weiter befassen und möchte nur noch einige Momente aus dem Wahlkampfe anführen, um zu zeigen, wie häßlich derselbe gerade von deutschfreiheitlicher Seite geführt wurde. Dabei will ich gleich bemerken, daß ich sehr wohl weiß, daß der, welcher im Vordertreffen des öffentlichen Lebens steht, sich ab und zu etwas gefallen lassen muß. Ich gehöre durchaus nicht zu den Wehleidigen, die sich gleich gekränkt fühlen, im Gegenteil, ich habe auch schon manchen Puff bekommen und auch bisweilen solche ausgeteilt. Was sich aber unsere Deutschfreiheitlichen, die Partei der sogenannten „Intelligenz“, in diesem Wahlkampfe leisteten, übersteigt in der Tat alle Maßen.

Die Art, wie der Wahlkampf auf deutsch-freiheitlicher Seite geführt wurde, ist am besten gekennzeichnet mit dem Worte Niedertracht. (Rufe: „Sehr richtig! Bravo!“) In Ihren Wahlaufrufen reihte sich Lüge an Lüge sowie eine gewissenlose Verleumdung an die andere. Kaum waren diese Lügen widerlegt, erschienen sie in neuer Auflage und zwar in so infamer und dabei vorichtiger Form gehalten, daß man diese Strauchritter nicht zur Verantwortung ziehen konnte. Die Herrschaften, die sich als deutsch-freiheitlicher Wahlausschuß unterfertigten, hätten besser getan, zu schreiben: Konsortium von Ehr-abschneidern und gewissenlosen Verleumdern. (Bravo!) „Hilf, was helfen kann!“ dachten sich diese deutschen Helden und machten sich den Grundsatz zu eigen: „Der Zweck heiligt die Mittel!“

Ich will nichts sagen von den Angriffen, die gegen uns, speziell gegen die christlichsozialen Kandidaten gemacht wurden wegen unserer Haltung in wirtschaftlichen, politischen oder religiösen Fragen. Das ist eine tägliche Erscheinung im politischen Kampfe und solche Angriffe regen uns durchaus nicht auf. Es war zwar allerdings sehr blöb, wenn unsere Gegner behaupteten, Dr. Drexel oder die Christlichsozialen überhaupt, seien schuld an der Lebensmittelteuerung. Die deutschfreiheitlichen Macher, die das niedergeschrieben haben, glaubten selbst natürlich nicht im entferntesten daran, aber sie hielten einen Teil ihrer Anhänger tatsächlich durch das Lesen der freiheitlichen Presse für so versimpelt, daß er daran glaube, und sie haben sich in der Tat nicht getäuscht.

Im Vorjahre haben die Herren Abgeordneten Dr. Rinz und Rüschi einen Antrag eingebracht, dahingehend, der Landtag möge Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung treffen. Man hat lange darüber beraten, was für Vorkehrungen zu treffen seien. Damals hat keiner der Antragsteller die Behauptung aufgestellt, Dr. Drexel sei an der Lebensmittelteuerung schuld. Sie, meine Herren von der Minorität, haben offenbar damals eine Unterlassungssünde begangen, als Sie nicht darauf aufmerksam machten, daß der Teuerung abgeholfen wäre, wenn Dr. Drexel sein Mandat niederlege. (Große Heiterkeit.)

Doch ich will von dem nicht weiter reden und möchte kurz noch anführen, in welcher perfider und persönlicher Art der Kampf gegen uns geführt wurde. In dem mehrerwähnten deutsch-freiheitlichen Aufrufe heißt es u. a. unter der Aufschrift: „Die Klerikalen und der „Gott Nimm“. Dabei geht es allen schlecht, nur nicht den klerikalen Mandaten, deren einziger Gott der Geldbeutel ist, die nur zum „Gott Nimm“ beten. Jeder dieser klerikalen Politiker betrachtet die Politik als Melkkuh, woraus er wacker Einnahmen beziehen kann.“

So der famose Wahlaufruf. Dabei werden einzelnen Mandataren der christlichsozialen Partei Gehalte, beziehungsweise Einkommen angelichtet, die sie nie beziehen. So wird behauptet, Herr Dr. Oberdirektor der Hypothekenbank, beziehe 10.000 K Gehalt und Dr. Drexel habe ein Einkommen von 20.000 K; so schrieb u. a. auch das Leibblatt des Herrn Bürgermeisters, der „Böwidl“, genannt „s Bändle“. Was den Gehalt des Herrn Oberdirektors anbelangt, ist natürlich auch ziemlich etwas hinzu gelogen worden. Wenn Herr Oberdirektor aber, sagen wir einen annehmbaren Gehalt hat, so gebührt ihm derselbe in vollem Maße. Der Mann hat sein Geschäft aufgegeben, hat seine ganze Kraft und reiche Erfahrung in den Dienst des Institutes gestellt und hat dasselbe seit Beginn musterhaft und mit Erfolg geleitet. Während in allen anderen Kronländern, wo z. B. von Freiheitlichen solche Institute gegründet und geleitet wurden, das Land anfänglich ganz bedeutende Zuschüsse leisten mußte, war dies bei uns nicht der Fall. Ich empfehle Herrn Dr. Rinz, er möge einmal Vergleiche ziehen, was Herr Delz als Bankdirektor bezieht und was andere Bankdirektoren für Gehalte haben. Sie haben ja, Herr Dr. Rinz, im letzten Jahre gemeinsam mit einem Bankdirektor jüdischen Stammes eine mehrwöchentliche Vergnügungsreise gemacht und hätten dort hinreichende Gelegenheit gehabt, sich diesbezüglich zu informieren. (Heiterkeit.) Dann wurde weiter gelogen, Dr. Drexel habe ein Einkommen von 20.000 K (Rufe: 16.000 K). Im „Böwidl“, vulgo „Bändle“ hat es meines Wissens geheißen 20.000 Kronen, in Flugblättern 16.000 K auf ein paar tausend Kronen mehr oder weniger kommt es den



Herren Freiheitlichen ebenso wenig an wie auf ein paar Lügen mehr oder weniger. Dr. Drexel bezieht natürlich auch nicht die Hälfte dieser Bezüge. Die Herren Freiheitlichen haben es auch für gut befunden, uns den Bezug der Diäten vorzuwerfen. Ich erkläre offen, daß ich z. B. nicht in der Lage wäre, wie etwa mein gewählter Kollega Dr. Kinz das Mandat ohne den Bezug der Diäten auszuüben. Ich gehöre nicht zu den Wohlhabenden. Herr Dr. Kinz zählt jedoch zu den reichen Leuten und meines Wissens haben auch diese auf die Diäten nicht verzichtet. Ich verspreche aber, daß ich, falls der deutsche Nationalverband einen Antrag einbringen sollte, daß künftighin keine Diäten mehr ausbezahlt werden sollen, diesen Antrag im Kreise meiner politischen Freunde wärmstens befürworten werde. (Große Heiterkeit!)

Und nun gestatte ich mir mit Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden, einige Stellen aus dem freiheitlichen Wahlauftrage dem hohen Hause zur Verlesung zu bringen. (Liest):

„Während also das Volk unter dem Drucke neuer Steuern unsäglich zu leiden hat, geht es den Herren in der klerikalen Versorgungsanstalt ganz herrlich. Die Deutschfreiheitlichen haben niemals die Politik in den Dienst ihrer persönlichen Interessen gestellt, sie sind stets in selbstloser und uneigennütziger Weise nach besten Kräften für das Gesamtwohl eingetreten.

Wir müssen auf das entschiedenste die jede politische Moral untergrabende Bereicherung der einzelnen klerikalen Berufspolitiker auf Kosten des ganzen Volkes bekämpfen. Diesem schändlichen Treiben der klerikalen Volksverführer muß unbedingt Einhalt geboten werden. Wer erkannt hat, wie schamlos die gewesenen klerikalen Abgeordneten Vorarlbergs ihre Landsleute verraten haben, der wird keine Stimme einer Partei geben, deren Größen ausnahmslos die eifrigsten Anbeter des Gottes „Nimm“ sind!

Programm der Klerikalen in Wirklichkeit so heißt:

Neue Steuern und neue Schulden, Erhöhung der Umlagen in kurzer Zeit auf das Zweifache und Dreifache! !

Schonung der vielfachen Millionäre und steinreichen Großgrundbesitzer, kräftige Ausbeutung des Arbeiter- und Mittelstandes! !

Ewige Andacht der klerikalen Berufspolitiker zum Gott Nimm und möglichste Bereicherung derselben auf Kosten der Gesamtheit; eifrige Fürsich-Sorge! !

„Wir fragen: Hat je ein Vorarlberger Bauer einen Nutzen verspürt von der politischen Tätigkeit Jodoß Fink's? Im Gegenteil, alle wurden durch ihn geschädigt, nur ihm selber geht es gut. (Zwischenruf: Pfui! Pfui!) Hat je ein Gewerbetreibender etwas von der „segensreichen“ Tätigkeit des Gewerberetters Loser gemerkt? ? Nur Herr Loser selber. Und wo zeigt sich Karl Drexels Wirkung? ? Nirgends als in der Steigerung seines Einkommens. Die Stickererei geht trotz des Stickerbundes schon lange sehr schlecht.“

Hieraus muß das hohe Haus ersehen, in welcher gemeiner Weise wir in unserer persönlichen Ehre angegriffen wurden.

Die Verleumder werfen uns vor, wir hätten uns auf Kosten des Volkes bereichert und wir treiben Korruption. (Rufe: „Pfui! Schande!“) Herr Bürgermeister Dr. Kinz, ich fordere Sie und Ihre Hintermänner auf, wenn auch nicht heute, so doch in nächster Zeit, den Beweis zu erbringen, welcher von uns keine reine Hände hat und wer von uns Korruption treibt.

Wenn jene, die diese infame Beschuldigung gegen uns erhoben haben, den Beweis hierfür nicht zu erbringen vermögen, so erkläre ich dieselben hier von dieser Stelle aus als ehrlos in des Wortes vollster Bedeutung. („Bravo, Bravo!“ = Rufe.) Unsere persönliche Ehre, dieses wertvollste Gut, lassen wir uns auch von politischen Strauchrittern nicht rauben.

Hohes Haus! Ich habe nun dargetan, in welcher Art von deutschfreiheitlicher Seite gegen uns gekämpft wurde. Wir, die wir im Wahlkampfe diesen Verleumdungen ausgesetzt waren, verlangen nicht, daß die Landesvertretung uns Genugtuung gebe, beziehungsweise ein Vertrauensvotum ausstelle. Wir wissen, wie die Mitglieder des hohen Hauses über uns und über diese Kampfesart der Gegner denken. Nachdem aber auch das Ansehen des Landes schwer geschädigt und dessen Verwaltung in perfider Weise angegriffen wurde, erscheint es angezeigt, gegen diese Verleumdungen energisch zu protestieren, deswegen erlaube ich mir, dem hohen Hause einen diesbezüglichen Antrag



zu unterbreiten, um dessen Annahme ich ersuche (Liest):

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landtag spricht seine tiefste Entrüstung darüber aus, daß die Finanzwirtschaft des Landes in einem im Verlage des deutschfreihheitlichen Wahlauschusses in Brengenz erschienenen Wahlaufdruck absichtlich und mit Vorbedacht als „unglücklich“ und „traurig“ bezeichnet wurde. Der Landtag konstatiert demgegenüber, daß die Finanzlage des Landes eine nach jeder Richtung hin geordnete und günstige ist. Das Land Vorarlberg hatte bis zum Eintritt der Hochwasserkatastrophe im Vorjahre überhaupt keine Schulden, wohl aber angeammelte Fonds und Besitze im Werte von rund 1 Million Kronen. Infolgedes durch die Hochwasserkatastrophe angerichteten Schadens ist die Landesvertretung gezwungen, ein Darlehen vorderhand im Betrage von 1,829.000 K aufzunehmen, welcher Betrag nach der getroffenen Vereinbarung innerhalb 21 Jahren rückbezahlt werden wird. Der Landtag hat aber auch schon im vorigen Jahre, gerade um eine geordnete Finanzlage des Landes erhalten zu können, Vorgeorge für die Deckung der durch das Hochwasser entstandenen höheren Auslage durch eine Erhöhung der Biersteuer von 2 K pro Hektoliter getroffen.

Der Landtag weist die im obgenannten Wahlaufdrucke enthaltenen unverantwortlichen Schmähungen und Verleumdungen, als wäre die Finanzlage des Landes eine unglückliche und traurige, als herrsche Korruption, als arbeite die Landesvertretung mit Lug und Trug, mit Abscheu zurück und zwar umsomehr, als diese Verleumdungen gerade im jetzigen Momente, wo das Land

im Begriffe steht, zur Behebung des durch die Hochwasserkatastrophe verursachten Schadens Anlehen aufzunehmen, geeignet ist, den Kredit des Landes zu schädigen und die ganze Notstandsaktion hiedurch auf das empfindlichste zu beeinträchtigen. Der Landtag brandmarkt ein solches das Ansehen des Landes und seinen guten finanziellen Ruf schädigendes Vorgehen als verwerflich und überantwortet die Urheber derartiger Verleumdungen dem wohlverdienten Urteile der gesamten Öffentlichkeit.“

**Landeshauptmann:** Wer wünscht weiter das Wort? Herr Abgeordneter Rüsck.

**Rüsck:** Hohes Haus! Mein Kollege Dr. Kinz, hat bereits betont, daß es ungerecht sei, die hier Anwesenden dafür verantwortlich zu machen, was geschehen ist. In wie weit eine Verantwortung vorhanden ist, kann ja festgestellt werden. Ich möchte folgendes sagen: Was die Herrn gesprochen haben, ist ja begreiflich; Sie trachten, ich möchte sagen, zum Fenster hinaus zum Volke zu sprechen, um ihrem Verluste, den Sie, erlitten haben, nach ihrer Gesinnung Ausdruck zu geben. Aber, meine Herren, wir sind nicht darauf vorbereitet gewesen, hier in entsprechender Weise sofort entgegen zu können; denn hätten wir Ihre Flugblätter auch hier, hätten wir vielleicht eine große Anzahl ähnlicher und gleicher Sachen vorbringen können. Meine Herren, (Stz: Das ist nicht wahr) schauen Sie nicht nur die Druckschriften und Flugblätter von jetzt, sondern auch von früher an und sie werden sich überzeugen, daß jede Partei zu dieser oder jener Zeit etwas tut, was sie nicht verantworten kann; das ist bei Ihnen in noch höherem Maße der Fall gewesen als bei uns. Wir können nicht auf Einzelheiten eingehen, weil wir das Material dazu nicht zur Hand haben. Das aber ist gewiß, daß wir jedenfalls auch Gelegenheit gehabt hätten, genügend Zitate vorweisen zu können und Sie in gleicher Weise zu kritisieren wie Sie uns.

**Landeshauptmann:** Wer wünscht weiter das Wort? Herr Abgeordnete Dr. Drexel.

**Dr. Drexel:** Hohes Haus! Auf die Erklärung des geehrten Herrn Vorredners möchte ich eine Bemerkung machen. Ich hatte nicht im Sinne zu sprechen, aber jetzt tue ich es. Ich bin veranlaßt durch den Vorwurf, daß ich 16.000 K (einmal hieß es 20.000) Einkommen habe — ob die Lüge etwas größer oder kleiner ist, darauf kommt es dem Freisinn gar nicht an. — Ich bin in meiner Ehre schwer getroffen, weil jeder sich ausrechnen kann, wieviel ich beziehe. Man hat mich verdächtigt, daß ich meine Stellung in der Politik lediglich als Messkuh benütze, nur zu meinem persönlichen Vorteil. Daß wir uns bereichern, ist spezifisch und individuell eine ganz gemeine Lüge, und es muß den Eindruck machen, daß, wenn der Wahlauf Ruf solche Dinge vorbringt Sie das auch beweisen können, daß es wirklich so ist. Ich bin auch der Meinung, daß Sie, Herr Ignaz Rüschi, persönlich an dem Auf Ruf nicht mitgearbeitet haben, ich weiß nicht soll ich ihn deutschfreisinnig, deutschfortschrittlich oder deutschfreiheitlich nennen, wenn ich mich nicht täusche, sind alle drei Namen unterfertigt. Wenn Sie sagen, Sie könnten ihn packen, so nennen Sie mir den Namen und dann packe ich ihn, — Sie müssen ihn wissen — daß er mir den Beweis bringt, wo ich Korruption getrieben, wo ich mich bereichert habe, woher ich 16.000 K bekomme. Sie wissen, daß das der schwerste Vorwurf ist, den man einem Abgeordneten machen kann. Ich hätte von Ihnen, Herr Rüschi, als Dornbirner und alter Nachbar erwartet, daß Sie nicht mit einer so faden Ausrede kommen und mit derselben eigentlich die Handlungsweise der Freisinnigen decken. Ich hätte erwartet, daß Sie sagen, diesen Vorwurf decke ich mit meinem Namen nicht, ich bedaure, daß so etwas gesagt wurde; und ich muß gestehen, daß das eine Ausflucht ist. Wenn man mir die Schuld an der Teuerung zugeschrieben hat und was man sonst noch geredet hat, das ist mir ganz gleichgültig; aber eine Frage: Erinnern Sie sich an den Vorwurf „Zehnerjäger“? Das sage ich Ihnen, Sie sind zehntmal reicher als ich und Herr Dr. Kinz hat hundertmal mehr Geld als ich und Sie haben sich auch immer die 10 K zahlen lassen. Herr Dr. Kinz wohnt in Bregenz und hat weiter keine Auslagen und er hat die 10 K auch genommen; das ist ja selbstverständlich.

Jeder Fremde wird sagen: Ja, wie können Sie das machen? Fragen Sie, meine Herren, die, die hier übernachten müssen, wieviel Sie Auslagen haben, wieviel sie im Geschäfte dadurch versäumen. Solche Vorwürfe hätten Sie mit ihrer Person nicht decken sollen; das ist es, was ich erwartet hätte. Bringen Sie mir einen einzigen Fall, wo solche Verdächtigungen unsererseits ausgesprochen worden sind. Das hätte ich erwartet, alles andere ist, wie Herr Abgeordneter Loser gesagt hat, ein politischer Kampf, aber diese persönlichen Verdächtigungen aller niedrigster Art verdienen den Namen „Niedertracht“. Ich habe selbst spüren müssen, daß Leute sich unterstehen, zu sagen, daß ich Mitglied der Stadtvertretung, im Landtag und im Landesaus schusse sei und Sie rechnen dann mein Einkommen aus. Schauen Sie, wie groß meine Spesen sind für meine Arbeit; meine Referate mache ich zu Hause und bekomme keinen Heller dafür. Wenn einer den ganzen Tag hier in der Kanzlei sitzt von 8 $\frac{1}{4}$  morgens bis  $\frac{1}{6}$  abends und arbeitet, glauben Sie, 10 K seien zuviel? Herr Dr. Kinz, was würden Sie rechnen, wenn Sie so lange einer Verhandlung beiwohnen müßten? (Dr. Kinz: nach dem Tarif! Heiterkeit.) Uns machen Sie solche Vorwürfe; das ist es, was zu bedauern war in diesem Wahlkampf. Ich hätte gedacht, daß Herr Abgeordnete Ignaz Rüschi, wo wir uns doch von Dornbirn her kennen, erklären würde, mit diesem Vorwurf will ich mich nicht decken und daß er sich auf keinen Fall in dieser Weise rechtfertigt; so ist meine Auffassung. Ich hätte nicht gesprochen, wenn Sie diesen Vorwurf, der vorgelesen wurde, nicht durch Ihre Erklärung gedeckt hätten. Wenn das bei uns geschehen wäre und Sie hielten mir das vor, so sagte ich, ich bedaure, daß so etwas vorgekommen ist, ich will mich mit diesem Vorwurf nicht decken. Sie wissen aus meiner Haltung ganz gut, daß ich in Dornbirn, daß ich im Landtage nicht ein einziges Mal den Gegner mit einem solchen Vorwurf verfolgt habe, aber den Vorwurf, der da verbreitet worden ist, weise ich als Landtagsabgeordneter entschieden zurück. Ich bin heute so mittellos wie früher und wenn Sie wissen wollen, was ich für einen Besitz habe, so sage ich Ihnen, daß mein ganzes Besitztum in zwei kleinen Grundstücken besteht, und

da kann man sagen, daß man sich bereichere, das ist der schwerste Vorwurf, der einen treffen kann, wie es auch der ist, der in einer nicht freisinnigen Zeitung gestanden ist: ich hätte mit den Großgrundbesitzern gestimmt und dafür etwas Geld in die Tasche bekommen. Alles andere sind Vorwürfe, die man sich gefallen lassen kann, aber einen solchen Vorwurf kann man nicht rechtfertigen, besonders wenn man ganz genau weiß, mit welchen großen Ausgaben ich zu rechnen habe. Ein solches Vorgehen war nicht recht im Wahlkampfe, das weiße ich an dieser Stelle entschieden zurück und bedaure, daß dieser Wahlkampf eine Verwilderung im politischen Leben gezeitigt hat, wie wir es in Vorarlberg noch nie erlebt haben. Ich lege Ihnen meine Geldtasche heraus und dann können Sie sehen, was drinnen ist. Wenn Sie, Herr Dr. Kinz, 12 Tage lang so damit leben können, wie Sie zu leben gewohnt sind, dann gratuiere ich Ihnen.

**Landeshauptmann:** Wer wünscht weiter das Wort? Herr Abgeordnete Rüsck.

**Rüsck:** Ich möchte nur erwidern, daß ich glaube, in meiner ersten Ausführung, ausgedrückt zu haben, daß ich nicht alles billige, was auf allen Seiten der Parteien geschehen ist; im Gegenteil, ich finde es bedauerlich, daß auf Seite aller Parteien rücksichtslos in diesem Wahlkampfe Fehler begangen wurden, die nicht hätten begangen werden sollen. Jede Partei muß hier in gewisser Beziehung an die eigene Brust klopfen. (Zuruf: Studieren Sie die Wahlaufäufe!)

**Landeshauptmann:** Wer wünscht weiter das Wort? — Herr Abgeordnete Ullz.

**Ullz:** Ich möchte auch noch ein Wort sagen. Ich muß Ihnen offen gestehen, daß mich die Haltung des Herrn Dr. Kinz nicht wundert; der lächelt zu allem, man mag sagen, was man will. Aber vom Herrn Abgeordneten Rüsck habe ich eine höhere Auffassung gehabt. Sie sind sonst ein feiner Mann, ein Gentleman. Ich hätte wirklich geglaubt, Sie würden die Art des Kampfes, wie er geführt worden ist, ablehnen. Sie hätten doch sagen müssen, wenn das so ist, wenn man nämlich die Finanzwirtschaft des

Landes so heruntergesetzt hat, daß Sie dies bedauern, daß dies nicht in Ordnung sei. Aber frisch weg, Sie machen es umgekehrt: so kommt es wenigstens heraus. Ich vermahne mich dagegen. Sie sagen ja, wir seien Lumpen, es kann sein; aber dann sind Sie noch die größeren Lumpen. Sie haben nichts bewiesen und werden nichts beweisen können. Wir sind nur immer diejenigen gewesen, die abgewehrt haben und zwar deshalb, weil man uns angegriffen hat. Sie haben die größten Lügen aufgebracht. Die Deutschfreisheitlichen waren noch viel schlechter als die Sozialdemokraten; das steht außer Zweifel. Sie haben sich durch ihre Macher nicht gescheut, unsere Partei in einer Weise anzugreifen, die Sie nie rechtfertigen können. Ich habe zum Herrn Ullge, den ich schon seit langem persönlich gut kenne, am Bahnhofe in Feldkirch gesagt, als er nach Göfis ging, um eine Rede zu halten und ich nach Bludenz fuhr: Was ihr jetzt treibt, ist dem Teufel zu schlecht; und ich sage das auch heute noch, wie sie es diesmal getrieben haben, ist dem Teufel zu schlecht. Ich muß offen gestehen, ich kenne unsere Wahlaufäufe, wir haben keinen besonderen Vorwurf erhoben, wir haben alles, was wir jagen mußten, in der Stellung der Abwehr gemacht. Es wäre uns gar nicht eingefallen, dem Herrn Bürgermeister vorzuwerfen, er nehme auch K 3600, aber wenn die Herren sagen, wir beziehen so hohe Gehälter, so müssen Sie schon entschuldigen, wenn ich sage, der reiche Herr prokt mit seinem Geldbeutel, läßt sich jährlich 3.600 K von der Stadt ausbezahlen und ist selten in der Kanzlei zu treffen. Ich mußte das jagen, meine Herren, wir haben bis jetzt das nicht genau; man hat den persönlichen Kampf geführt, besonders gegen den Herrn Dr. Drexel in infernalischer Weise, wie man es noch nie gesehen hat. Wir haben die Herren bis jetzt nicht fassen können; es werden immer nur Andeutungen gegeben; das ist schändlich. Ich will Ihnen aber sagen, wenn Sie das Gebiet weiter betreten, Herr Dr. Kinz, dann werden wir Ihnen Sachen aufdecken, daß Sie schamrot werden. Und ich sage das Ihnen im offenen Hause und nehme das nicht zurück. In letzter Zeit ist wieder eine Broschüre erschienen, wo einer den Klerus in gemeinster Weise angegriffen hat. Aber wenn Sie nicht nachgeben, so erkläre ich Ihnen, daß wir auch persönlich

werden können, können, sage ich, wenn ich es auch sonst verurteile. Es soll ein Kampf nicht persönlich geführt werden. Aber wenn es die Herren schon einmal wollen, daß Sie, wie es bei Geistlichen wiederholt vorkommt, wenn sie einmal einen Fehltritt begehen, diesen Vorfall immer wieder bringen; so können wir auch aufwachen; wir hätten Arbeit, wenn wir alle Fehler der Freisinnigen aufdecken wollten. Wie schonend waren wir, als der Vorstand des deutschfortschrittlichen Vereines mit einem Schifflein absegelte. Sogar freisinnige Herren von Bregenz und von Bludenz haben es anerkannt, daß man Respekt haben müsse vor einer so noblen Haltung. Wir haben die ganze Sache nur mit ein paar Worten abgetan; wir hätten Legenden schreiben können, aber wir haben es nicht gewollt. Ich möchte schon bitten, daß diejenigen Herren, die einen maßgebenden Einfluß haben, denselben in dieser Beziehung auch geltend machen. Etwas geschieht überall, das ist einmal auf der Welt; aber die Zeitungen, die sich mit diesem Schmutz abgeben, die sollte man zurechtweisen.

**Landeshauptmann:** Wünscht noch jemand das Wort? — Wenn niemand sich meldet, so ist die Debatte geschlossen. Der Herr Referent hat das Wort.

**Thurnher:** Gegen den vorliegenden Antrag des Landesauschusses sind von keiner Seite Einwendungen erfolgt. Ich habe daher diesen Antrag nicht weiter zu verteidigen. Ich muß nur konstatieren hinsichtlich der Debatte, die eben stattgefunden, daß es das erstemal seit 30—40 Jahren vorgekommen ist, daß die materielle Wirksamkeit des Landes und das finanzielle Gebaren des Landtages öffentlich angegriffen worden ist. Ich bin mit der finanziellen Gebahrung des Landes ziemlich verwaschen und vertraut. Es sind nahezu ein paar Jahrzehnte her, seit ich die Voranschläge für das Land verfasste und ich möchte nur das eine feststellen, daß immer von seite der Bevölkerung ohne Unterschied der Partei, dieser finanziellen Gebahrung des Landes, sowie der Sparsamkeit, die der Landesauschuß und der Landtag seit langer, langer Zeit übte, die vollste Anerkennung gezollt hat. Es ist stets allseitig anerkannt worden, daß wir die geringsten Umlagen unter allen Kronländern des Reiches hatten

und seit vielen Jahren schuldenfrei dagestanden sind, und ich habe die Hoffnung, daß, wenn wir auch in der Folge nicht mehr schuldenfrei sein werden, es uns auch weiterhin finanziell nicht schlecht gehen werde. Ich habe gestern schon darauf hingewiesen, daß wir, obwohl die Hochwasserkatastrophe dem Lande so großen Schaden angerichtet hat und wir viele Millionen bedürfen, um die Gefahren zu beheben, mit Rücksicht auf unsere bisherige Sparsamkeit und auf unser dießbezügliches Wirken, wo wir jede unnötige Ausgabe unterlassen haben, wo die Mitglieder der Landesvertretung und des Landesauschusses ja kaum eine hinreichende Entschädigung zur Deckung der ihnen durch die Amtsausübung erwachsenden Ausgaben beansprucht haben, auch in Zukunft die Hoffnung hegen dürfen, daß wir ohne Gefährdung unserer Finanzen und in der bisher durch Jahrzehnte geübten Weise fortwirken können, ohne das Land in außerordentliche Umlagen zu stürzen. Ich gebe daher meinem Bedauern Ausdruck, daß im letzten Wahlkampfe in einer solchen Weise vorgegangen worden ist, wie es bisher noch nie der Fall war. Im übrigen möchte ich noch einmal dem Landtage die Annahme des Punktes 2, der eine Anfechtung nicht erhalten hat, empfehlen.

**Landeshauptmann:** Wir schreiten zur Abstimmung und zwar werden wir zunächst über den Antrag des Herrn Abgeordneten Loser abstimmen und hernach über Punkt 2 der Anträge des Landesauschusses und dann werden wir in die zweite Lesung der beiden Gesegentwürfe eingehen. Bevor wir aber zur Abstimmung schreiten, möchte ich noch einige wenige Worte dazu sprechen. Es ist mir als Vorsitzender des hohen Hauses nach der Geschäftsordnung nicht gestattet, in eine Debatte mich einzulassen und fällt mir auch hier gar nicht ein, dies zu tun, es ist lange genug gesprochen worden. Aber nachdem in dem bekannten Wahlaufrufe die Wirtschaft des Landes verdächtigt und als schlecht hingestellt wird, nachdem den Mitgliedern des Landesauschusses persönliche Bereicherung vorgeworfen wird, nachdem von „Gott Rimm“ und Korruption der Landesverwaltung gesprochen wird, so muß ich als Vorsitzender der Landesverwaltung doch auch wenige Worte sagen. Ich will nicht polemisieren, aber ich kann sie versichern, meine verehrten Herren,

es hat mich diese Art von Vorwurf so geschmerzt, daß es mir sehr nahe gegangen ist. Sie wissen alle ausnahmslos, daß bei uns in Vorarlberg die Verhältnisse ganz andere sind als in andern Ländern. Während in anderen Kronländern ausnahmslos alle Landesauschüsse, welche Rezerate haben, 3, 4—6000 K Bezüge haben, während in andern Ländern der Landeshauptmann 12.000 bis 16.000 K Gehalt hat, so ist bei uns die denkbar einfachste Verwaltung in dieser Beziehung seit Beginn des verfassungsmaßigen Lebens. Und es sei hier öffentlich konstatiert, damit man ein für allemal diesen Angriffen ein Ende setze, daß bei uns kein Landesauschuß ein Gehalt bezieht, sondern daß der Landesauschuß nur dann Diäten rechnen kann, wenn er eine Sitzung besucht, wie es beim Landtag auch der Fall ist oder wenn er eine Kommission hat. Bei einer kommissionellen Begehung haben sie wie die Beamten des Landes eine Fahrpreisentschädigung für die I. Klasse und eine Kilometergebühr von 40 h und wenn man nun einen Wagen nehmen muß, dann bitte zu rechnen, was übrig bleibt, wenn man für einen Kilometer 40 h bekommt. Von Bregenz nach Dornbirn sind es 10 km, es träge also 4 K; wer würde heutzutage um diesen Betrag ein Fuhrwerk stellen? Was meine Wenigkeit anbelangt, so muß ich sagen: Ich bin 21 Jahre an der Spitze des Landes gestanden — bis jetzt ist es keinem Vorgänger gegönnt gewesen, die Geschäfte des Landes so lange zu führen — und es ist in meiner Amtszeit noch nie vorgekommen, daß man die persönliche Ehre der Landesauschußmitglieder, zu denen auch ich gehöre, in so unerhörter Weise angegriffen hat. Man hat mich nicht angegriffen, aber man hat die ganze Landesverwaltung angegriffen und als korrupt bezeichnet und sie wissen, meine Herren, daß ich jetzt 21 Jahre lang, ich kann sagen, meine Gesundheit, meine ganze Kraft, mein Geschäft geopfert habe, um meinem Lande uneigennützig zu dienen (Bravo! Sehr richtig!). Dieser Vorwurf hat mir wehe getan; das wollte ich noch bemerken.

Wünscht einer der Herren, daß der Antrag noch einmal verlesen wird? — Wenn nicht, dann ersuche ich jene Herren, welche dem Antrage ihre Zustimmung erteilen wollen, sich gefälligst von den Sigen zu erheben.

Es ist die Majorität.

Nun habe ich noch die beiden Anträge des Landesauschusses zur Abstimmung zu bringen. Ich will zunächst über den Antrag, betreffend die Ermächtigung der Aufnahme eines Darlehens im Höchstbetrage von 637.500 K die Abstimmung einleiten und ich ersuche jene Herren, welche dem Antrage ihre Zustimmung erteilen wollen, sich gefälligst von ihren Sigen zu erheben. —

Angenommen.

Erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter.

**Thurnher:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung des ersten Gesetzesentwurfes.

**Landeshauptmann:** Der Berichterstatter beantragt die dritte Lesung des ersten Gesetzesentwurfes. Wenn niemand etwas dagegen hat, so ersuche ich jene Herren, welche dem Gesetzesentwurf, wie er aus der zweiten Lesung hervorgegangen ist, auch in der dritten ihre Zustimmung erteilen wollen, sich gefälligst von den Sigen zu erheben.

Angenommen.

Nun kommen wir zu Punkt 2 der Anträge des 1. Gesetzesentwurfes betreffend die Ermächtigung der Aufnahme eines Darlehens im Höchstbetrage von 2,271.000 K und ich ersuche jene Herren, die dem Antrage ihre Zustimmung erteilen wollen, sich gefälligst von den Sigen zu erheben.

Angenommen.

Erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter.

**Thurnher:** Ich beantrage auch beim 2. Gesetzesentwurf die Vornahme der dritten Lesung.

**Landeshauptmann:** Wenn niemand gegen den Antrag eine Bemerkung zu machen hat, so schreiten wir zur dritten Lesung und ich ersuche jene Herren, die dem Gesetzesentwurf, wie er aus der zweiten Lesung hervorgegangen ist, auch in der dritten Lesung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich gefälligst von den Sigen zu erheben.

Angenommen.

Somit wäre dieser Gegenstand erledigt.

Wir kommen nun zum zweiten Punkte unserer Tagesordnung, das ist: ein Bericht

des Landesausschusses über den Gesetzentwurf betreffend die Verbauung des Luogenbaches in Au (Beilage 5 und 5 A).

Der Bericht ist schon an die Herren Abgeordneten verteilt worden und ich glaube, Sie werden in Anbetracht der vorgerückten Zeit auf eine Verlesung desselben verzichten. Darum bitte ich den Herrn Abgeordneten Fink als Referent des Landesausschusses in dieser Sache, das Wort zu ergreifen.

**Jodof Fink:** Ich werde aus gleichem Grunde versuchen, mich möglichst kurz zu halten. Die Angelegenheit, die jetzt in Verhandlung steht, datiert schon ziemlich weit zurück. Schon im Jahre 1904 hat der Leugenbach oder Leugerbach in der Gemeinde Au bedeutende Verheerungen angerichtet. Seit diesem Jahre sind Verhandlungen gepflogen worden, Pläne aufgenommen, um der Wiederkehr von Verheerungen durch diesen Wildbach vorzubeugen. Aber innerhalb dieser Zeit ist der Leugenbach nicht zur Ruhe gekommen, sondern hat periodisch innerhalb 2 oder 3 Jahre neues Geschiebe gebracht und neue Verheerungen an den Kulturen angerichtet, so daß jetzt auch die Kosten der Verbauung dieses Wildbaches gegenüber den ursprünglichen Kosten außerordentlich angewachsen sind und zwar bis zur Höhe von rund 136.000 K für Verbauung und dazu ist noch ein Betrag von 13.000 K für die Erhaltung der Bauten in Aussicht genommen. Das k. k. Ackerbauministerium hat in entgegenkommender Weise zugestimmt, daß bezüglich der Aufbringung der Kosten von Seite des Meliorationsfonds ein 70%iger Beitrag geleistet werde. Das Land muß nach dem Gesetze von den Herstellungskosten 30% übernehmen, hat aber das Recht, 10% von der Gemeinde, beziehungsweise den Interessenten anzusprechen. Dieses ist nun kurz die geschilderte Genesis der Verheerungen durch den Leugenbach und ich empfehle dem hohen Hause die Annahme der vom Landesausschusse gestellten Anträge, welche lauten:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Dem beiliegenden Gesetzentwurfe betreffend die Verbauung des Luogenbaches in der Gemeinde Au wird die Zustimmung erteilt.

2. Der Landesausschuß wird ermächtigt, aus eigener Initiative oder über Verlangen der Regierung einzelne etwa notwendig erscheinende Textesänderungen des Gesetzentwurfes vor Erwirkung der Allerhöchstenkaiserlichen Sanction beschlußweise mit der Regierung zu vereinbaren und vorzunehmen, insoferne weder grundsätzliche Bestimmungen des Gesetzentwurfes tangiert noch auch derartige neue Bestimmungen geschaffen werden.“

Bei der Spezialdebatte werde ich mir erlauben, eine Korrektur vorzunehmen in der Schreibweise des Wortes „Leugenbach“.

**Landeshauptmann:** Ich eröffne über Bericht und Antrag sowie über den Gesetzentwurf die Generaldebatte; wünscht jemand hierzu das Wort? —

Wenn niemand sich zum Worte meldet, können wir in die Spezialdebatte eingehen und ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter.

**Jodof Fink:** Ich kann vielleicht von der Verlesung des Berichtes absehen, möchte aber nur darauf hinweisen, daß in der vorgedruckten Beilage der Bach „mit Luogenbach“ bezeichnet wird; ich habe nun konstatieren können, daß die richtige Bezeichnung desselben „Leugenbach“ ist und ich stelle daher den Antrag, daß in § 1 und in weiteren §§ sowie im Titel statt „u“ „e“ gesetzt werde und rufe damit § 1 an.

**Landeshauptmann:** Wenn niemand das Wort wünscht, so erkläre ich den § 1 mit der beantragten Änderung als angenommen.

**Jodof Fink:** § 2. —

**Landeshauptmann:** § 2 ist angenommen.

**Jodof Fink:** § 3. —

**Landeshauptmann:** § 3 ist angenommen.

**Jodof Fink:** § 4. —

**Landeshauptmann:** § 4 ist angenommen.

**Sodof Fink:** § 5.

**Landeshauptmann:** § 5 ist angenommen

**Sodof Fink:** § 6.

**Landeshauptmann:** § 6 ist angenommen.

**Sodof Fink:** § 7.

**Landeshauptmann:** § 7 ist angenommen.

**Sodof Fink:** § 8.

**Landeshauptmann:** § 8 ist angenommen.

**Sodof Fink:** (liest Titel und Eingang des Gesetzesentwurfes.)

**Landeshauptmann:** Wird gegen Titel und Eingang des Gesetzesentwurfes mit der beantragten Abänderung eine Einwendung erhoben? —

Wenn dieses nicht der Fall ist, so erkläre ich Titel und Eingang des Gesetzesentwurfes als angenommen.

**Sodof Fink:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung des Gesetzesentwurfes.

**Landeshauptmann:** Wird dagegen eine Einwendung erhoben? —

Wenn nicht, so ersuche ich alle jene Herren, die dem Gesetzesentwurf, wie er aus der zweiten Lesung hervorgegangen ist, auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Wir hätten nun noch den Punkt 2 der Anträge in Verhandlung zu ziehen, der bereits verlesen worden ist; wünscht jemand das Wort? —

Wenn nicht, so ersuche ich alle jene Herren, die dem Punkte 2 der Anträge des Landesausschusses ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Wir kommen nun zum 3. Gegenstand unserer Tagesordnung, d. i. ein Bericht des Landesausschusses betreffend die Wieder-

herstellung der durch das Hochwasser beschädigten Montafoner-Bahn.

Berichterstatter in dieser Angelegenheit ist der Herr Abgeordnete Thurnher; ich ersuche ihn, das Wort zu ergreifen.

**Thurnher:** Die Montafoner-Bahn ist durch die vorjährige Wasserkatastrophe zum Schmerzenskinde des Landes, besonders aber des Tales Montafon geworden. Früher glaubte man, mit Recht annehmen zu können, daß die Wiederherstellung der zerstörten Bahn mit der Zusage des Eisenbahnministers Wrba nicht lange werde auf sich warten lassen; diese Hoffnung ging nun infolge der Haltung des Finanzministeriums nicht in Erfüllung. Es bedurfte der allergrößten Anstrengung, die Angelegenheit der endlichen Regelung zuzuführen.

Erzellenz Wrba hatte bekanntlich bei seiner vorjährigen Anwesenheit im Lande mir und meinen Nachbarn, dem Herrn Abgeordneten Fink, gegenüber seine Bereitwilligkeit ausgesprochen,  $\frac{3}{4}$  der Wiederherstellungskosten auf den Staat zu übernehmen; das übrige Viertel aber sollte das Land übernehmen. Das Finanzministerium ging darauf nicht ein, sondern stellte hinsichtlich der Beteiligung des Staates an der Wiederherstellung der Bahn zwei ganz unannehmbare Bedingungen, nämlich die Herabsetzung des Zinsfußes der im Besitze des Standes befindlichen Prioritätsaktien und der Nichtanrechnung der Stammaktien bei einer eventuell später zu erfolgenden Einlösung der Bahn. Nach vielen Bemühungen und erst infolge der Intervention Seiner Erzellenz des Herrn Ministerpräsidenten selbst gelang es endlich, die Angelegenheit zu einem halbwegs befriedigenden Abschlusse zu bringen; wir hätten freilich angesichts der finanziellen Lage des Standes und der Notlage des Tales Montafon eine etwas höhere finanzielle Mitwirkung des Staates zur Wiederherstellung der Bahn gewünscht.

Es war aber nicht mehr zu erreichen als dasjenige, was sie aus dem Berichte ersehen können. Nur dies haben wir erreicht, daß der Finanzminister seine Bedingungen nun fallen ließ und der Staat ein Drittel der Kosten bis zum Höchstausmaße von 125.000 K übernimmt. Seit mehr als einem Monate wird nun mit aller

Kraft an der vollständigen Wiederherstellung der Bahn gearbeitet und man hofft die Wiederaufnahme des Gesamtbetriebes im Laufe des nächsten Monats zu bewerkstelligen. Ich erlaube nun das hohe Haus um Annahme des Antrages des Landesauschusses, der da lautet:

Der hohe Landtag wolle unter Außerkräftsetzung des Beschlusses vom 12. Oktober v. J. beschließen wie folgt:

„Das Land Vorarlberg übernimmt ein Drittel der erwachsenden Kosten der Wiederherstellung der durch die Hochwasserkatastrophe beschädigten Montafonerbahn bis zum Höchstbetrage von 125.000 K gegen Refundierung in neu auszugebendengesellschaftlichen Stammaktien II. Emission im gleich hohen Nominalbetrage im Sinne des Erlasses des k. k. Eisenbahnministeriums vom 26. Mai d. J., Z. 14.023/1a unter der Voraussetzung, daß die Sicherstellung des nach Abrechnung des Staats- und Landesbeitrages verbleibenden Restbetrages durch den Stand Montafon beziehungsweise durch die Aktiengesellschaft erfolge.“

**Landeshauptmann:** Eröffne über Bericht und Antrag die Debatte; wünscht jemand das Wort? Wenn sich niemand meldet, schreiten wir zur Abstimmung und ich ersuche alle jene Herren, die diesem Antrage des Landesauschusses ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sigen zu erheben.

Somit wäre dieser Gegenstand erledigt; wir kommen nun zum Bericht des Landesauschusses über den Gesekentwurf betreffend die Regulierung und Verbauung des Rickenbach und der Schwarzach.

Berichterstatter in dieser Angelegenheit ist der Herr Abgeordnete Jodof Fink; ich ersuche ihn, das Wort zu ergreifen.

**Jodof Fink:** Hohes Haus! Auch dieser Gegenstand betrifft eine Angelegenheit, die schon sehr lange in Verhandlung steht. Ursprünglich wurde

ein Projekt von einem jungen Techniker unter Anleitung der Rheinbauleitung aufgenommen und damals wurde auch ein Kostenvoranschlag gemacht, von ungefähr 75.000 K. Es wurde dann aber konstatiert durch verschiedene Veränderungen, daß nicht bloß eine Regulierung dieses Baches erfolgen müsse, sondern daß auch dafür gesorgt werden müsse, daß das Geschiebe abgelagert werde, bevor es in die Dornbirner Ache kommt, weil sonst die unteren Gemeinden Einspruch erhoben hätten, wenn keine Geschiebeablagerungsplätze erstellt worden wären, die eine Erhöhung des Kostenvoranschlages mit sich brachten. So standen wir im Jahre 1910 einem Kostenvoranschlage von 90.000 K gegenüber, zu dem das Landesbauamt erklärte, daß es mit Rücksicht auf die höheren Löhne, auf die höheren Preise der Materialien, eine Erhöhung von 50% vornehmen müsse, sodaß wir schon letztes Jahr auf 148.000 K gekommen sind. Das k. k. Ackerbauministerium hat für das vorjährige Projekt eine Veränderung verlangt, ferner daß höhere Beträge eingesezt werden für Regiekosten und für Unvorhergesehenes; es haben dann neue Verhandlungen stattgefunden an Ort und Stelle, wo auch Vertreter des k. k. Ackerbauministeriums, die Herren Hofräte Teutsch und Markus, die Angelegenheit besichtigt haben; und so ist man nach und nach zur Erhöhung des Kostenfordernisses bis auf einen Betrag von 322.000 K gekommen. Es hat nun zur Zeit, wo der vorliegende Bericht verfaßt wurde — es war im Mai 1911 — der Landesauschuß der Regierung einen Gesekentwurf unterbreitet mit dem Ersuchen um Genehmigung, welcher diesen Kostenaufwand beinhaltet. Zur Zeit der Verfassung dieses Berichtes war die Antwort der hohen Regierung noch nicht herabgelangt, was aber nun mittlerweile geschehen ist und ich erlaube mir nun, dies dem hohen Hause bekannt zu geben; das k. k. Ackerbauministerium sagt:

Das mit der dortigen Note vom 11. Mai 1911, Z. 1050, im Wege der k. k. Statthalterei in Innsbruck anher geleitete Projekt für die Regulierung der Schwarzach und des Rickenbaches erscheint nunmehr in technischer Beziehung einwandfrei und wird auch gegen die Voranschlagsziffer per 322,600 K kein Einwand erhoben.

Das Ackerbauministerium erklärt sich im Einvernehmen mit dem Finanzminister für den Fall



der bereits in Aussicht genommenen landesgesetzlichen Regelung des Unternehmens nach dem Gesetze vom 4. Jänner 1909, R. G. Bl. Nr. 4, vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Genehmigung bereit, zu den Kosten des Unternehmens gemäß § 7, al. 2, lit. a, des zitierten Gesetzes einen 50% Beitrag im Höchstbetrage von 161.300 K aus dem Meliorationsfonds zu gewähren.

Gegen den gleichzeitig vorgelegten bezüglichen Gesekentwurf wird kein Anstand erhoben, soferne die in dem rückfolgenden Exemplare mit roter Tinte ersichtlich gemachten Abänderungen vorgenommen werden.

Was hier dem hohen Hause vorgedruckt liegt, ist in diesem Sinne abgeändert worden, wie es das Ministerium verlangt hat. Es heißt dann weiter:

Mit der Durchführung der im Projekte vorgesehenen Verbauungsarbeiten durch die Widbachtalverbauungssektion Innsbruck erklärt sich das Ackerbauministerium einverstanden und wird die Sektion unter einem entsprechend beauftragt.

Wir sehen daraus, daß das Ackerbauministerium die Sache in sehr zuvorkommender Weise nun rasch erledigt hat, sodas sie noch in dieser kurzen Session behandelt und erledigt werden kann. Ich glaube, daß wir besonders den Herren Nosräten Deutsch und Markus des k. k. Ackerbauministeriums sehr zum Danke verpflichtet sind. Es sind hier auch die beiden Gesetze zitiert, welche wir früher schon beschlossen haben und ferner, daß möglichst rasch die Angelegenheit der Allerhöchsten Sanktion zugeführt werde.

Es ist noch ein Umstand, auf den ich hinweisen könnte, nämlich als wir verhandelt haben mit dem Ministerium zur Behebung der Schäden und als immer wieder neue Anregungen gekommen sind, daß da und dort mehr Geld erforderlich sei, so hat es eine Zeit lang den Anschein gehabt, als ob dies der Regierung fast zu viel würde und man hat gesagt, es müßten einige Beamte ins Land gesandt werden, zur Konstatierung, ob nicht mehr verlangt werde, als wirklich erforderlich wäre. Es sind dann diese beiden genannten Herren entsendet worden und das Resultat war nicht so, wie das Ministerium erwartet hatte, daß man den Voranschlag reduziere, sondern daß die Herren in dieser Angelegenheit, die jetzt in Verhandlung steht, erklärten, daß diese Verbauungen höher kom-

men und sehr notwendig sind und daß sie alles getan haben, um unsere Verbauungsaktionen möglichst zu fördern. Ebenso hat fast zu gleicher Zeit auf telegraphischem Wege auch das Finanzministerium durch den Sektionschef Engel die Zustimmung erteilt und ich glaube daher, wir sind diesem Herrn großen Dank schuldig.

Im Anschlusse daran möchte ich den Antrag stellen im Namen des Landesausschusses:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Dem beiliegenden Gesekentwurf betreffend die Regulierung der Schwarzach und des Rickenbaches wird die Zustimmung erteilt.
2. Der Landesausschuß wird ermächtigt, entweder aus eigener Initiative oder über Verlangen der Regierung vor Erwirkung der Allerhöchsten kaiserlichen Sanktion solche Textesänderungen beschlußweise mit der Regierung zu vereinbaren und vorzunehmen, die weder grundsätzliche Bestimmungen des Gesekentwurfes tangieren noch neuerartige Bestimmungen enthalten.

**Landeshauptmann:** Ich eröffne über Bericht und Gesekentwurf die Generaldebatte; wer wünscht das Wort? — Wenn sich niemand zum Worte meldet, so schreiten wir zur Spezialdebatte und ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die einzelnen §§ anzurufen.

**Jodok Zink:** § 1.

**Landeshauptmann:** § 1 ist angenommen.

**Jodok Zink:** § 2.

**Landeshauptmann:** § 2 ist angenommen.

**Jodok Zink:** § 3.

**Landeshauptmann:** § 3 ist angenommen.

**Jodok Zink:** § 4.

**Landeshauptmann:** § 4 ist angenommen.

**Godof Fink:** § 5.

**Landeshauptmann:** § 5 ist angenommen.

**Godof Fink:** § 6.

**Landeshauptmann:** § 6 ist angenommen.

**Godof Fink:** § 7.

**Landeshauptmann:** § 7 ist angenommen.

**Godof Fink:** § 8.

**Landeshauptmann:** § 8 ist angenommen.

**Godof Fink:** (liest Titel und Eingang des Gesekentwurfes.)

**Landeshauptmann:** Wird gegen Titel und Eingang des Gesekentwurfes eine Einwendung gemacht? —

Wenn dies nicht der Fall ist, so erkläre ich dieselben als angenommen.

**Godof Fink:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung des Gesekentwurfes.

**Landeshauptmann:** Wird gegen den Antrag des Berichterstatters eine Einwendung erhoben? —

Wenn nicht, so schreiten wir zur Abstimmung und ich ersuche alle jene Herren, die dem Gesekentwurf, wie er aus der zweiten Lesung hervorgegangen ist, auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Wir haben noch Punkt 2 des Antrages zur Abstimmung zu bringen; wünscht jemand das Wort hiezu?

Wenn dies nicht der Fall ist, so betrachte ich ihn als angenommen.

Damit wäre die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt und wir haben noch einen Gegenstand in vertraulicher Sitzung in Verhandlung zu ziehen. Möchte dann noch die Tagesordnung der morgigen Schlußsitzung dieser kurzen Tagung des Landtages bekanntgeben und welche Sitzung ich auf 9 Uhr vormittags anberaume, weil mehrere Herren rechtzeitig nach Hause kommen möchten.

1. Mündlicher Bericht des Landesauschusses in Sachen des Beitrittes des Landes zu der zu gründenden österreichischen Hausindustrie, Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
2. Mündlicher Bericht des Landesauschusses in betreff Schaffung einer Oberingenieurs Stelle und Ausschreibung derselben, sowie der Stelle eines Landeskulturingenieurs.
3. Mündlicher Bericht des Landwirtschaftlichen Ausschusses über den Gesekentwurf betreffend die Errichtung eines Landeskulturates.
4. Mündlicher Bericht des Landesauschusses über den Gesekentwurf betreffend die Regulierung des Koblacher-Kanales in seinem Oberlaufe.

Die öffentliche Sitzung ist geschlossen.

(Schluß 12 Uhr 45 Minuten nachmittags.)

In der vertraulichen Sitzung faßte das hohe Haus folgenden Beschluß:

„Dem Pensionsgesuche des Landrates Johann Kaspar Ritter von Rag wird Folge gegeben, demselben in Anbetracht seiner mehr als fünfzigjährigen ununterbrochen geleisteten Dienste, seiner seltenen Pflichttreue, die er durch diese lange Zeit als Sekretär, Kassier und Verwalter aller landschaftlichen Fonds bewiesen, für seine aufopferungsvolle, sein ganzes Leben im Dienste des Landes stehende Tätigkeit der immerwährende Dank und die volle Anerkennung des Landes ausgesprochen und seine Pensionierung vom 1. Juli 1911 an mit seinen gesamten bisherigen Bezügen ausgesprochen und somit der Pensionsbetrag mit 6000 K pro Jahr festgesetzt.“